

Tragödie und Farce in Thüringen

Martin Suchanek, Infomail 1088, 10. Februar 2020

„Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Mit diesen Worten beginnt Marx die Abhandlung „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“. Auch wenn wir die geschichtliche Bedeutung der Farce im Thüringer Landtag, der Wahl Kemmerichs zum Ministerpräsidenten von AfD-Gnaden nicht überhöhen wollen, so drängt sich der historische Bezug auf – und die Frage, wie wir verhindern können, dass auf die Farce eine neue Tragödie folgt.

Anfang 1930 trat die NSDAP erstmals in der Weimarer Republik in eine Landregierung ein. Die Baum-Frick-Regierung aus Deutscher Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei, dem Thüringer Landbund und der Reichspartei des deutschen Mittelstandes und der Nazis markierte einen wichtigen Schritt zur Anerkennung des Faschismus als möglichen Koalitionspartner „gemäßigter“ bürgerlicher Parteien und als politische Kraft im Interesse des deutschen Imperialismus.

Wie alle historischen Analogien gibt es natürlich wichtige Unterschiede zwischen 1930 und 2020. Die AfD stellt keine faschistische Partei dar, auch wenn sich mehr und mehr Rechtsextreme in ihr und um sie tummeln – gerade im von Höcke geführten Landsverband.

Nicht minder bemerkenswert sind freilich die Parallelen. Auch die bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik meinten, die NSDAP „auszunutzen“, betrachten Hitler und seine Gefolgsleute oft als nützliche, kulturlose IdiotInnen.

Die Farce

So gratulierten am 5. Februar der FDP-Vorsitzende Lindner und sein Vize Kubicki ebenso wie der Ostbeauftragte der Bundesregierung und Thüringer CDU-Vize Hirte Kemmerich zur Wahl zum Ministerpräsidenten.

Erst als sich öffentliche Empörung – bis hin zur offenen Verurteilung des Thüringer Manövers durch die CDU/CSU-Spitze und etliche Vorstandsmitglieder der FDP – regte, traten die Landesverbände einen Teilrückzug an.

Hatten sie die Wahlhilfe der AfD zuvor noch für den „Erfolg der Mitte“ billigend in Kauf genommen und als günstigen Zufall heruntergespielt, so wollten sie nun von den Rechten getäuscht worden sein. FDP-Chef Lindner stilisiert mittlerweile die FDP gar zum Opfer einer besonders perfiden Taktik der AfD.

Dabei hatte sie noch kurz zuvor, ebenso wie AfD und CDU, die Abwahl von Rot-Rot-Grün gefeiert. Das Zusammenwirken von CDU, FDP und AfD stellt darüber hinaus in Thüringen auch keine Neuheit dar – sie kulminierte allerdings am 5. Februar darin, sich mit ihrer Hilfe eine Mehrheit für Kemmerich zu verschaffen.

Die Abwahl des „roten Bodo“ war das Ziel, das die 3 Fraktionen einte. Schon 2014 demonstrierten sie gemeinsam gegen einen „sozialistischen“ Ministerpräsidenten. Manche beschworen gar die Rückkehr der

SED. Damals skandierten CDU, FDP, AfD in trauter Eintracht mit neofaschistischen Kreisen „Ramelow hau ab“, begleitet von einem Fackelumzug vor der Erfurter Staatskanzlei.

Dass die AfD zur Wahl eines CDU- oder FDP-Kandidaten bereit wäre, verkündete Höcke schon unmittelbar nach der Landtagswahl 2019; ebenso wurde mittlerweile offenkundig, dass es informelle Gespräche zwischen VertreterInnen der drei Parteien seit November gegeben hatte. Der „Überraschungscoup“ war so überraschend also nicht - zumal die Thüringer CDU noch vor der Abstimmung im Parlament auf die mögliche AfD-Taktik aufmerksam gemacht worden war, sich aber offenkundig dazu entschied, die Warnung zu ignorieren.

Die Züge einer Farce nahm das rechte Manöver nicht nur wegen der albernen Ausreden und Lügengeschichten an, sondern auch weil FDP und CDU kalte Füße kriegten. Aufgrund des öffentlichen Drucks und dramatischer Verluste in den Umfragen wurde der Rückzug angetreten - wenn auch mit etlichen Winkelzügen. Sie konnten zwar am Amt des Ministerpräsidenten nicht mehr festhalten - andererseits wollten und wollen sie keine Neuwahlen und erst recht keine Inthronisierung Ramelows zum Ministerpräsidenten.

Kemmerich verkündete erstmals 25 Stunden nach der Wahl, sein Amt niederzulegen, ließ aber Datum und Modalitäten offen. Nach einem Rücktritt vom Rücktritt, am 8. Februar, legte er sein Mandat nieder. Er bleibt aber gemäß Landesverfassung weiter geschäftsführender Ministerpräsident bis zur Wahl eines Nachfolgers durch den Landtag. Er könnte also, wenn auch ohne gewählte Regierung, noch bis zu einer Neuwahl des Parlaments und zur Bildung einer Regierungsmehrheit weiter sein Unwesen treiben.

Die historische Analogie

Ein besonderes Kapitel der öffentlichen

Diskussion nehmen historische Vergleiche ein. Bodo Ramelow war einer der ersten, der diese ins Spiel brachte, als er auf die Parallele zur Beteiligung der NSDAP an der Thüringer Landesregierung 1930 verwies.

Die Parteien der WiederholungstäterInnen von

Erfurt empörten sich - ebenso wie Kommentarspalten der bürgerlichen Presse. FAZ-Kommentare wiesen z. B. auf die Unterschiede hin, darauf, dass die AfD keine faschistische Partei wäre, ... Der Unterschied im Charakter der beiden Parteien besteht zweifellos, und sicherlich sollten sich auch Linke davor hüten, eine aggressive, rassistische und völkische rechts-populistische Partei mit einer faschistischen gleichzusetzen. Richtig sind sicherlich auch die Verweise darauf, dass sich die bürgerliche Mitte nicht zum ersten Mal von einer rechten Partei an die Spitze eines Bundeslandes wählen ließ. So koalierte die Hamburger CDU unter Ole von Beust Bürgermeister von 2001-2003 mit der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PRO; Schill-Partei).

Doch diese Unterschiede dürfen über den Kern der

historischen Analogie nicht hinwegtäuschen. Wenn Hegel und in seinem Gefolge Marx davon sprechen, dass sich die Geschichte wiederhole, so darf das nicht als Duplizieren aller politischen Faktoren und Konstellationen missverstanden, darf nicht vergessen werden, dass jede solche Wiederholung immer auch Unterschiede kennt.

Entscheidend für Hegel ist, dass sich darin die

geschichtliche Bedeutung bestimmter Ereignisse zeigt. So heißt es in den Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte: „Durch die Wiederholung wird das, was im Anfang nur als zufällig und möglich erschien, zu einem Wirklichen und Bestätigten.“ Den Kern dessen bildet nicht, dass alle AkteurInnen denselben

„Charakter“ hätten – so betrachtet könnten sie, um im Bild von Marx zu bleiben, nie einmal als Tragödie, einmal als Farce auftreten -, sondern dass in beiden Ereignissen zugrunde liegende, tiefere gesellschaftliche Gegensätze zum Ausdruck kommen.

Die Parallelität der politischen Lage von 1930 und 2020 liegt darin, dass die zunehmenden krisenhaften Tendenzen des Kapitalismus und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt auf Seiten der herrschenden Klasse eine Krise des tradierten politischen Systems hervorbringen, die wachsende Teile des Kapitals wie immer größere bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten zur Überzeugung treiben, dass Bündnisse mit rechten Kräften, denen bislang der Zutritt zur Regierung verweigert wurde, notwendig werden. Hier liegt, bei allen Unterschieden von AfD und NSDAP, die historische Parallele und auch die neue, bedrohliche reaktionäre Qualität der Thüringer Ereignisse.

Dass dieser Prozess in anderen Ländern wie Österreich oder Italien noch viel deutlich weiter vorangeschritten ist, verdeutlicht nur, dass es sich um keine Episode, sondern um eine allgemeine reaktionäre Tendenz unserer Zeit handelt.

Krise der Union - Rücktritt von Kramp-Karrenbauer

Die Bedeutung der politischen Zäsur von Erfurt liegt letztlich weniger darin, wie in Thüringen die Regierungskrise bewältigt wird. Das halb abgebrochenen Manöver hat die Krise von FDP und CDU verlängert, ja vertieft. Die Ankündigung des Rücktritts von Kramp-Karrenbauer als CDU-Vorsitzende im Sommer 2020 und ihr Verzicht auf die nächste KanzlerInnenkandidatur stellt den bisherigen Höhepunkt der Entwicklung dar. Der

Flügelkampf unter den Konservativen wurde nicht befriedet, er bricht offen aus. Die Thüringer CDU hatte sich nicht nur gegenüber den Warnungen der Bundespartei vor der AfD taub gezeigt, sie war auch nicht bereit, der Forderung der Parteivorsitzenden nach Neuwahlen zu folgen. Deren bewusst in Kauf genommene Demontage verdeutlicht die tiefen Risse innerhalb des bürgerlichen Lagers. Nachdem die Bildung einer von der AfD geduldeten CDU-FDP-Minderheitsregierung nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Bundespartei vorerst abgeblasen werden musste, werden sich somit viele aus dem Landesverband über den Rücktritt der ungeliebten und politisch ohnmächtigen Vorsitzenden freuen.

Teile der ostdeutschen CDU-Landesverbände und die national-konservative Werteunion unterstützen und unterstützen offen die Taktik von CDU-Landeschef Mohring. Dieser Flügel der Union strebt eine nächste Kanzlerschaft mit der FDP an und will dafür auch einen Pakt mit der AfD nicht ausschließen. In jedem Fall zieht er diese einer Koalition mit Grünen, SPD oder beiden vor. Bundestagsabgeordnete der „jungen Gruppe“ - zumeist Merz-AnhängerInnen - wie auch zahlreiche Abgeordnete, FunktionärInnen und Mitglieder aller ostdeutschen Landesverbände gehen in eine ähnliche Richtung. Dort bedroht die AfD die Position der CDU als führende bürgerliche Kraft. Nicht allein das KleinbürgerInnentum trägt die AfD, auch politisch rückständigere Teile der ArbeiterInnenklasse wählen sie. Aber auch für Teile der KapitalistInnenklasse wird sie angesichts der tiefen Krise der EU, drohender wirtschaftlicher Einbrüche und der verschärften internationalen Konkurrenz zu einer Option, da all diese Entwicklungen eine substantiell härtere, nationalistische Gangart erfordern.

Die Demontage Kramp-Karrenbauers durch die Erfurter Landtagsfraktion stellt dabei nur einen Schritt dar. Was der rechte Flügel der Union will, verdeutlicht unter anderem der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Maaßen. Für ihn stellt sich die Verhinderung von Rot-Rot-Grün als die einer

„sozialistischen Regierung“ dar. Mit Schlagzeilen wie „Hauptsache die Sozialisten sind weg“ punktet er nicht nur beim rechten Publikum weiter, die AfD hat ihn auch schon als möglichen Ministerpräsidenten ins Gespräch gebracht.

In einem Interview im [Tagesspiegel](#) stellt Maaßen auch klar, gegen welche innerparteilichen GegnerInnen das Manöver gerichtet war. Dies war „ein Schlag ins Gesicht derjenigen Parteifreunde in der CDU, die lieber eine sozialistische Regierung Ramelow dulden wollten, als einen eigenen CDU-Kandidaten bei der Ministerpräsidentenwahl aufzustellen“. Und weiter zur Perspektive der Union in Thüringen:

„Er hoffe, sagte

Maaßen, dass die CDU in Thüringen begreift, dass sie mehr auf ihre Wähler hören muss. Zehn Prozent sind bei der vergangenen Landtagswahl weggelaufen. Viele zur

AfD, andere sind zuhause geblieben. Jetzt heißt es, die Wähler zurückzugewinnen. Zum Beispiel mit einer anderen Migrationspolitik, in der endlich ausreisepflichtige Zuwanderer abgeschoben werden.“

Gemäß diesem Duktus war wahrscheinlich der einmalige Verzicht der „sozialistischen“ Ramelow-Regierung auf Abschiebungen im Winter 2016/17 ein Beitrag zur „Umvolkung“ in Thüringen - ein Verbrechen an Volks- und Rassegemeinschaft. Dass die Union mit krachenden Abschiebungen die Stimmen zurückgewinnen soll, verdeutlicht einmal mehr, welch elender Rassist der ehemalige Verfassungsschutzpräsident eigentlich ist.

Den eher liberalen Flügel der Union, der unter anderem vom Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Günther, repräsentiert wird, führen das Wahlmanöver für Kemmerich wie auch die Aussagen von Maaßen und

Werteunion dazu, das Verbot bzw. den Rausschmiss der Werteunion zu fordern.

Strategieproblem des deutschen Imperialismus

Ob der innere Konflikt unter den Konservativen durch Spaltung oder Ausschluss „gelöst“ wird, wird die Zukunft zeigen - in jedem Fall werden sich die Gegensätze weiter zuspitzen.

Die traditionelle transatlantische bürgerliche Führungspartei steckt tief im Konflikt, weil die bisherigen Strategien für die EU aufgebraucht sind und es an einer strategischen Neuausrichtung fehlt. Der aggressive neue Kurs des US-Imperialismus unter Trump stellt für die EU und insbesondere für seine Führungsmacht Deutschland eine große Herausforderung dar, die durch den Brexit und den Aufstieg Chinas weiter verschärft wird. Im Mittelmeerraum, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika kann die EU nur ökonomisch punkten, geo-strategisch fallen sie und damit der deutsche Imperialismus weiter zurück.

Der Richtungsstreit in der Union geht darum, auf welchem Weg der deutsche Imperialismus sich dieser Aufgabe stellen soll. Soll ein „schwarz-grün“ angestrichener Imperialismus mit mehr EU-Vertiefung und „ökologischen“ Sparmaßnahmen die eigenen Ansprüche durchsetzen oder erfordert es eine schwarz-gelb-blaue/-braune Variante, die „Deutschland zuerst“ auf ihre Fahnen schreibt?

Der ideologisch-strategische Konflikt der deutschen Bourgeoisie wird in der kommenden Periode durch eine ökonomische Krise verschärft werden, also auch eine klassenpolitisch härtere Gangart im Inneren erfordern. Für die Ausgebeuteten und Unterdrückten hierzulande heißt das auch, sich auf neue Angriffe auf die Sozialsysteme, auf Arbeitsplätze, Einkommen einzustellen.

Die verschiedenen Flügel der Bourgeoisie werden allesamt massive Angriffe durchführen und vorschlagen, wenn auch ideologisch unterschiedlich

verschleiert. So werden die aggressiven nationalistischen Teile Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse mit völkischer und rassistischer Demagogie verbinden, der „liberale“, weltoffene Teil wird Angriffe mit einigen Reformversprechen zur „sozialen Abfederung“ kombinieren.

GroKo will Neuwahlen

In dieser Situation empören sich SPD, Grüne, Linkspartei und auch der „liberale“ Flügel der Union über den Tabubruch. Sie fordern Neuwahlen, um die Glaubwürdigkeit der „Politik“ wiederherzustellen. Schon hierin liegt im Grunde ein Betrug. Schließlich hat nicht „die“ Politik, sondern haben CDU und FDP mit der AfD paktiert. Die Taktik von Kramp-Karrenbauer, Merkel und des CDU-Vorstandes zielt auf zweierlei. Einerseits präsentieren sie sich als DemokratInnen und geben sich als „harte“ GegnerInnen des Thüringer Landesverbandes, mit dem sie freilich auch nicht brechen wollen. Zum anderen appellieren sie an die „Einheit der DemokratInnen“, also daran, dass SPD, Grüne, Linkspartei weiter mit Union (und FDP) kooperieren.

Diese, so CDU/CSU und FDP, sollten dabei den UnterstützerInnen von Kemmerich entgegenkommen – am besten, indem sie selbst Ramelow als Kandidaten fallenlassen und Grüne, SPD und Linkspartei mit der Union eine von allen DemokratInnen anerkannte „Person des öffentlichen Lebens“ unterstützen, also auf ihre eigene Regierung verzichten. Die FDP, die erbärmlichste aller bürgerlicher Parteien, gibt sich hier besonders frech.

Immerhin haben SPD, Grüne, Linkspartei und deren Jugendorganisationen wie auch die Gewerkschaften in den letzten Tagen tausende Menschen gegen die Wahl Kemmerichs auf die Straße gebracht. Für den 15. Februar plant „Aufstehen gegen Rassismus“ eine Großdemonstration gegen AfD, CDU und FDP vor dem

Erfurter Landtag.

Mit den UnterstützerInnen der AfD, also der Großen Koalition, brechen will aber die SPD nicht. Sie sonnt sich darin, dass sie der Union ein Bekenntnis abgerungen habe, demzufolge sie keine politischen Mehrheiten und Regierungsbildungen mit der AfD anstrebe. Obwohl sie genau das gerade getan hat, feiert diese SPD die Lippenbekenntnisse der Unions-Führung als Sieg. Die gerne links blinkenden Walter-Borjans, Esken und Kühnert betrachteten diese Frage noch zum Jahreswechsel als Lackmустest für Verbleib in der oder Verlassen der Großen Koalition. Jetzt erklären Kühnert und Co., warum die Regierung zur Zeit nicht verlassen werden dürfe. Dies würde nämlich nur den Rechten zuarbeiten, weil ein Bruch mit der CDU/CSU die Wiederherstellung der „Einheit der DemokratInnen“ erschweren würde. Solcherart verkaufte der SPD-Vorstand das Ergebnis des Koalitionsausschusses als Erfolg. Das hätte Nahles auch geschafft, wenn auch nicht mehr so überzeugend. Für diejenigen in der SPD und den Jusos, die mit der erneuerten Führung auch eine konsequente Politik gegen die GroKo verbanden, sollte dies ein deutliches Zeichen sein, mit dieser Politik und Führung zu brechen und einen Bruch der Koalition hier und jetzt einzufordern.

Auch für die DGB-Gewerkschaften gilt die Absetzung von Hirte schon als großer Erfolg. Natürlich, so ihre Verlautbarungen, werden sie die Demonstrationen unterstützen und am 15. Februar in Erfurt präsent sein, nur scheint eher unklar, ob die ArbeiterInnenbewegung sich dieses Rechtsrucks und dieser aktuell verschärfenden Lage bewusst ist.

Auch die Linkspartei reiht sich in dieser Situation in den Chor der Forderungen nach einer „Einheit der DemokratInnen“ ein. CDU und FDP müssten ihren Fehler korrigieren, indem sie in den nächsten ein bis zwei Wochen im Thüringer Landtag Ramelow den Weg freimachen und

diesen,
am besten gleich im ersten Wahlgang wiederwählen.

Welche Lehren aus einer historischen Analogie?

Auch wenn VertreterInnen der Linkspartei die Analogie 1930-2020 ins Spiel gebracht haben, so verdeutlicht ihre Politik, dass die Partei deren eigentlichen Sinn, deren eigentliche Bedeutung nicht verstanden hat. In beiden Fällen war es nicht der „Verrat an der Demokratie“, der zur Kooperation der offen bürgerlichen Parteien mit Faschismus oder Rechtspopulismus führte. Vielmehr liegt ihr die, wenn auch unterschiedlich ausgeprägte Krise des Kapitalismus zugrunde, die die „normalen“ demokratischen Herrschaftsformen des bürgerlichen Parlamentarismus wie auch das mit ihnen verbundene Parteiensystem mehr und mehr unterminierte. Schließlich liegt jeder länger währenden Reproduktion bürgerlich-demokratischer Verhältnisse ein bestimmtes, geschichtlich etabliertes Verhältnis zwischen den Klassen zugrunde, das sich im parlamentarischen Rahmen in der Regel als „konsensual“ akzeptierter Wechsel von Regierung und Opposition darstellt. Diese Bindekraft büßt die Demokratie mehr und mehr ein, was eine viel tiefer liegende und längst nicht abgeschlossene Veränderung des Verhältnisses zwischen den Klassen widerspiegelt. CDU und SPD wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zu den staatstragenden Großparteien, die im Rahmen des politischen Systems verschiedene Klassenkräfte repräsentieren und über Sozialpartnerschaft, begrenzte Reformen, SPD und Gewerkschaften die ArbeiterInnenklasse integrierten. Dieses System durchläuft schon seit Ende der 1960er Jahre eine Reihe heftiger Erschütterungen, die letztlich dazu führten, dass sich das politische System dieser Nachkriegsordnung, wenngleich in etlichen Formen weiter im Bestand, eigentlich überlebt hat. Die historische Krise der SPD und der Unionsparteien ist auch Ausdruck dieser Entwicklung.

Linkspartei

Die Politik der Linkspartei verhält sich gegenüber diesen Veränderungen letztlich rückwärtsgewandt. Sie will nämlich die Infragestellung der überlebten Verhältnisse von rechts durch den Appell an die auf eine bestimmte Form der Klassenkollaboration eingerichteten Teile der Bourgeoisie, der Mittelschichten und des KleinbürgerInnentums bekämpfen, sie will, mehr oder weniger bewusst, politische Verhältnisse, den sog. Sozialstaat wiederbeleben, deren materielle Basis erschöpft ist.

Dabei wiederholt sie den historischen Fehler der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Gegen die immer stärker werdende Reaktion suchte diese das Bündnis mit dem „demokratischen“ BürgerInnentum, dem Gegenstück zur heutigen „Einheit der DemokratInnen“. Daher werden nicht nur die „demokratischen“ Prinzipien der CDU beschworen, sondern wird vor allem eine Koalition von Grünen, SPD und Linkspartei als neues „Bollwerk“ der Demokratie ins Spiel gebracht.

Aber auch eine Koalition mit den Grünen wäre nichts anderes als eine solche bürgerlicher, reformistischer ArbeiterInnenparteien mit einer grün-liberalen Partei des Kapitals, nur eine andere Koalition der Klassenzusammenarbeit, die notwendigerweise die Eigentumsverhältnisse unangetastet ließe und, wenn auch humanistischer, verkaufte, imperialistische Politik darstellen würde. Wie die Erfahrungen rot-roter oder rot-rot-grüner Koalitionen auf Landesebene immer wieder gezeigt haben, stellen diese, selbst wenn sich einiger ihrer konstituierenden Parteien sozial auf die ArbeiterInnenklasse stützen, auch nur eine Form bürgerlicher Regierungen dar, die allenfalls als etwas gemäßigtere SachwalterInnen des Kapitals fungieren.

Wenn wirklich die Lehren aus der historischen Analogie gezogen werden sollen, so dürfen sich diese nicht auf die für sich genommen berechnete, in der aktuellen Situation aber zweitrangige Kritik an der verheerenden Politik der KPD Anfang der 1930er Jahre, die sog. „Sozialfaschismustheorie“, beschränken – zweitrangig, weil sie heute nur noch von im Grunde und vollkommen zu Recht bedeutungslosen stalinistischen Sekten vertreten wird.

Rot-Rot-Grün?

Die nicht minder verheerende Politik der SPD erfreut sich jedoch weiter großer Beliebtheit, ja könnte in Form von Rot-Rot-Grün neue Illusionen an sich ziehen, weil sie auf den ersten Blick als Antwort auf den Rechtsruck erscheint. Hinzu kommt, dass zur Zeit große Teile der fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen von einer klassenübergreifenden, linken kleinbürgerlichen Ideologie geprägt sind, so z. B. die Umweltbewegung oder der Feminismus.

Das zentrale Problem der Strategie der Linkspartei (und noch mehr der SPD und Gewerkschaften) besteht jedoch darin, dass in einer tiefen gesellschaftlichen Krise Bündnisse zwischen VertreterInnen antagonistischer sozialer Klassen, also von Parteien des (liberalen oder demokratischen) BürgerInnentums mit Parteien/Organisationen, die sich auf die ArbeiterInnenklasse stützen, nur durch die Unterordnung der ausgebeuteten Klasse und der gesellschaftlich Unterdrückten zu haben sind. Klassenübergreifende Bündnisse scheinen auf den ersten Blick zwar mehr Kräfte zusammenzuführen. Doch da diese einander entgegengesetzte Ziele verfolgen, addieren sie sich nicht, sondern heben sich praktisch auf. Sie stoßen notwendigerweise gerade jene Schichten der ArbeiterInnenklasse, die am meisten von krisenhaften Entwicklungen betroffen sind, ab – und bereiten damit auch den Boden für die Rechten vor.

Die Alternative kann daher nicht „Einheit der DemokratInnen“ lauten, sondern Einheit der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten. Diese Forderung muss auch an die bürgerliche, reformistische Führung von Linkspartei, SPD und Gewerkschaften gerichtet werden – nicht, weil RevolutionärInnen an deren ernstem Willen zum Bruch mit der Bourgeoisie oder deren Parteien glauben, sondern weil die AnhängerInnen dieser Parteien von ihren Führungen, weil die Mitglieder der Gewerkschaften vom bürokratischen Apparat gebrochen werden müssen.

Daher fordern wir von der SPD das sofortige Verlassen der GroKo! Daher sollte die Linkspartei auf der Straße und in den Betrieben dafür mobilisieren, dass Ramelow Ministerpräsident wird und ein Programm im Interesse der Lohnabhängigen durchsetzt. Die Linkspartei müsste die Initiative ergreifen, die Wiederwahl nicht durch Hinterzimmergespräche mit Unions- und FDP-Abgeordneten, sondern durch den Druck der Straße und durch Aktionen bis zum Streik in den Betrieben durchzusetzen.

Die anstehenden tariflichen Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst, im Nahverkehr, der Elektro- und Metall-Branche könnten genutzt werden, die Klasse wieder in Bewegung zu bringen, vor allem als entscheidende politische und soziale Akteurin, nicht in zweiter oder dritter Reihe. Dasselbe trifft auf die Kämpfe der Umweltbewegung, antirassistische und anti-militaristische Mobilisierungen zu. Demonstrationen wie am 15. Februar in Erfurt dürfen daher nicht das Ende des Protestes, sondern der Anfang für neue, zugespitzte Klassenkampffaktionen sein.

Die Wahl von Kemmerich war ein deutliches Zeichen des deutschen Kapitals und des aktuellen Rechtsrucks. Sie verdeutlicht, welche Möglichkeiten sie derzeit in Betracht ziehen. Auch wir müssen weitergehende Maßnahmen als Demos, Petitionen und Volksbegehren diskutieren und angehen. Aktionskonferenzen gegen den Rechtsruck, gegen die GroKo, gegen die nächsten Krisenprogramme werden vonnöten sein, wenn wir in die Offensive kommen wollen

und damit auch real einen polarisierenden Schlag der ArbeiterInnenklasse organisieren können.

Prozess gegen Antifaschisten am 6. Februar: Freispruch für Jan und Lukas!

Tobi Hansen, Infomail 1088, 9. Februar 2020

Der Vorwurf gegen unsere Genossen Jan und Lukas lautete „gefährliche Körperverletzung“, erhoben von einem Teilnehmer der AfD-Demonstration am 27. Mai 2018 in Berlin. Ort soll der Bahnhof Friedrichstraße gewesen sein, wo AfD-AnhängerInnen und deren faschistischer „Schutz“ mit TeilnehmerInnen der zahlreichen Gegendemonstrationen aneinandergerieten.

Politisch hatten die rechtspopulistische AfD wie auch ihre UnterstützerInnen aus faschistischen Strukturen am 27. Mai 2018 eine herbe Niederlage einstecken müssen. Den etwa 5.000 Rechten standen, je nach Schätzung, 50.000 bis 70.000 AntirassistInnen und AntifaschistInnen gegenüber.

Offenkundig versuchten einige Rechte, als „ZeugInnen“ vor Gericht ihre politischen GegnerInnen madig zu machen und solcherart Rache für die politische Niederlage zu nehmen, so auch im Prozess gegen Jan und Lukas am 6. Februar.

Im Zuge der Verhandlung wurde deutlich, dass weder der rechte Zeuge der Anklage wusste, wer wirklich am Bahnhof gewesen sein sollte, noch die Polizei, warum sie wen festgenommen oder verhaftet hatte.

Nach diesem ganz anschaulichen Beispiel von „Beweisführung“ wurden die Genossen in fast allen Punkten freigesprochen. Ganz aber nicht. Schließlich hätte einer Widerstand gegen die Festnahme geleistet, indem er sich an einer Griffstange in der Bahn festgehalten hätte. Dafür wurde eine Geldbuße verhängt.

Bemerkenswert freilich, was „nebenbei“ auch deutlich wurde:

Die Polizei nahm Menschen per Fingerzeig von TeilnehmerInnen einer AfD-Demo fest. Menschen, die „links“ aussahen, wurden aus einer Regionalbahn heraus vorläufig festgenommen – und wer dem nicht einfach Folge leistete, der machte sich gemäß dieser Logik des „Widerstands“ schuldig.

Die Verschärfung der Polizei- und Repressionsgesetze auf Landes- und Bundesebene erleichtert dieses Vorgehen zusätzlich. Die Ausweitung der Rechte der Polizei beschränkt logischerweise die demokratischen Rechte der Bevölkerung, schränkt jede Möglichkeit ein, sich der Gewalt dieser bewaffneten Einheiten zu erwehren.

Umso mehr müssen hier die Alarmglocken läuten, als eine beträchtliche Zahl dieser StaatsdienerInnen auch mit rechtsextremen Netzwerken und Organisationen verbunden ist, wie es seit Jahren immer mal wieder an die Öffentlichkeit kommt. Wenn sich gleichzeitig ein FDP-Landeschef in Thüringen mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten küren lässt, vollzieht sich der Rechtsruck in einer neuen Qualität.

Für AntifaschistInnen und Linke gilt weiterhin vor, auf und nach

jeder Demonstration: Keiner geht allein, bleibt zusammen, schützt Euch gegen Übergriffe von Polizei und Rechten!

Kemmerich - ein Ministerpräsident von AfD Gnaden

Martin Suchanek, Infomail 1088, 5. Februar 2020

Bis vor kurzem kannten ihn nur wenige. Nachdem Thomas L. Kemmerich am 5. Februar zum Thüringer Ministerpräsidenten gewählt wurde, warfen wohl viele die Suchmaschinen im Internet an, um mehr über einen Mann zu erfahren, der bisher im bürgerlichen Parlamentarismus und auch in der FDP allenfalls eine drittrangige Rolle spielen durfte.

Der Thüringer FDP-Fraktionsvorsitzende Kemmerich gehörte von 2017-2019 zu den HinterbänklerInnen, den grauen Mäusen im Bundestag. Bei den Landtagswahlen 2019 schaffte seine Partei gerade 5 %. Der Unternehmer und Vorsitzende der FDP-nahen Vereinigung „Liberaler Mittelstand“ war bisher nur durch notdürftig als „Mittelstandspolitik“ verbrämten Neo-Liberalismus und als Betreiber einer Friseurkette aufgefallen, die Jobs mit „flexiblen Arbeitszeiten“ verspricht.

Wahrscheinlich wäre Kemmerich auch eine unbekanntere Randfigur, eine der zahlreichen StatistInnen des bürgerlichen Politbetriebs geblieben, hätte ihn nicht die politische Lage in ungeahnte „Höhen“ gehievt.

Schließlich kommt es auch in deutschen Landtagen nur höchst selten vor, dass ein Mitglied der schwächsten Partei zum Ministerpräsidenten gewählt wird.

Erklärbar ist seine Wahl nur als Folge des politischen Patts, das die Wahlen 2019 in Thüringen mit sich brachten - und der offenkundigen Bereitschaft von CDU und FDP, auch mit der AfD „bürgerliche Mehrheiten“ zu organisieren.

Die Linkspartei konnte zwar zulegen und wurde mit 31 % stärkste Partei. Allein verfügt sie über 29 der 90 Sitze. Aber ihre Koalitionspartnerinnen schwächelten: Die SPD sackte auf 8,2 % ab und die Grünen schafften mit 5,2 % gerade den Einzug ins Abgeordnetenhaus. Daher verfügte die rot-rot-grüne Koalition gerade über 42 Stimmen, während die AfD (22 Mandate), CDU (21) und FDP (5) eine gemeinsame Mehrheit bilden konnten.

Bürgerblock

Union und FDP standen also vor der Wahl, entweder mit der AfD zu kooperieren oder Rot-Rot-Grün und damit den bisherigen Ministerpräsidenten Ramelow zu „tolerieren“.

Nachdem Ramelow in den ersten beiden Wahlgängen jedoch keine absolute Mehrheit erringen konnte, zog die AfD im dritten ihren Kandidaten zurück - und erklärte wie schon in den letzten Wochen, den FDP-Mann Kemmerich zu wählen. Dieser errang die Mehrheit. Mit 45 gegenüber 44 Stimmen für Ramelow wurde er bei einer Enthaltung als neuer Ministerpräsident gewählt.

Zufall stellt die Wahl von Kemmerich natürlich keinen dar.

Schon im Vorfeld hatte er erklärt, dass er sich auch von der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lassen würde. Während Bundes-CDU und -FDP „offiziell“ noch von der „Abgrenzung“ und „Nichtzusammenarbeit“ mit der rechten AfD schwadronierten, kümmerte die Thüringer Abgeordneten dieses leere Geschwätz offenkundig schon lange nicht mehr.

Der Feind der Union und FDP wird dort offenbar bei den „Roten“ - und sei es ein noch so blasser Roter wie Thüringens Ramelow - verortet. Den Hauptfeind für Union und FDP bildet schließlich die ArbeiterInnenbewegung und nicht der Rechtspopulismus, in dessen Reihen sich neben (halb)faschistischen Flügel-Leuten auch viele ehemalige CDUlerInnen und FDPlerInnen tummeln. Hier wächst anscheinend zusammen, was, jedenfalls für bedeutende Teile der Union und FDP, zusammengehört.

Zu solch einer Wahl gehört auch die Legendenbildung. FDP-Bundesvize Kubicki erklärt gar, dass die Wahl einen großen Erfolg seiner Partei darstelle, da diese schließlich die „demokratische Mitte“ darstelle - einen Erfolg, für den FDP und CDU den politischen Sieg der AfD billigend in Kauf nehmen. Kemmerichs FDP und erst recht die Thüringer CDU stellen den Ausgang so dar, also hätten sie nur „zufällig“ den Liberalen mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt, da sie Höcke und Co. nicht an ihrer Stimmabgabe „hindern“ hätten können. Dabei hätten sie das natürlich können. Sie hätten sich nur der Stimme enthalten müssen.

Die TaschenspielerInnen des Parlamentarismus ziehen es offenkundig vor, sich blöd zu stellen. Das glaubt zwar niemand, aber solche „Erklärungen“ sollen wenigstens den Bundesparteien erlauben, weiter so zu tun können, als ob sie mit der AfD nicht kooperieren würden, als ob es sich nur um einen „Sonderfall“ oder „Betriebsunfall“ handeln würde. FDP-Chef Linder phantasiert sogar davon, dass es gar keine Kooperation mit der AfD gegeben habe - man habe

sich schließlich nur von ihr wählen lassen.

In Wirklichkeit stellt die Thüringer Wahl des Ministerpräsidenten ein Politprojekt einer CDU/FDP-Koalition von AfD's Gnaden dar. Auch wenn es durchaus möglich ist, dass die Bildung einer Landesregierung Kemmerich durch CDU und FDP mit Duldung der AfD scheitert, so sollte doch niemand deren Bildung ausschließen. Schließlich zeigte der 5. Februar, zu welchen Manövern Teile von FDP und CDU mittlerweile bereit sind.

Schließlich entspricht die Bereitschaft der CDU und FDP in Thüringen auch der Überzeugung vieler Teile ihrer Parteien und von Fraktionen der herrschenden Klasse, dass Koalitionen mit der AfD eine Option werden könnten, wenn sich die Krise der EU weiter verschärfen sollte. Hinzu kommt, dass damit in jedem Fall auch der Druck auf die Grünen oder andere „PartnerInnen“ nach den nächsten Bundestagswahlen erhöht werden kann. Sollten sie sich der CDU/CSU nicht fügen, hätte diese dann eben auch eine Alternative.

Klassenpolitik

Thüringen zeigt auch, dass - unabhängig von allen „zufälligen“ Momenten der Wahl - Klasseninteressen allemal bedeutender sind als Beteuerungen, undemokratische, rechtspopulistische, rassistische Parteien „auszugrenzen“. Wenn es um die Sicherung bürgerlicher Macht und vor allem auch um die Option eines aggressiveren, nationalistischen Kurses zur Wahrung der Interessen des eigenen Kapitals in der internationalen Konkurrenz geht, will und wird sich die herrschende Klasse nicht den „Luxus“ einer „Ausgrenzung der AfD“ leisten. Solche Schritte müssen freilich vorbereitet werden - und dazu kann eine regionalpolitische Entscheidung, bei der für alle unappetitlichen Tabubrüche im Zweifelsfall die LandespolitikerInnen verantwortlich gemacht

werden können, den Boden bereiten.

Diese Schlussfolgerung sollten sich auch alle jene zu eigen machen, die hofften und hoffen, die AfD im Gleichschritt mit den bürgerlichen Parteien zu „stoppen“. Dies trifft bei aller Empörung über die Manöver von FDP und CDU auch auf die SPD, Grünen und Linkspartei in Thüringen zu. Die Grünen werfen der FDP vor, sich von FaschistInnen wählen zu lassen – ein Akt, der jedoch im Gegensatz zu den Vorstellungen dieser bürgerlichen DemokratInnen leider nicht einzigartig in der deutschen Geschichte ist.

Die SPD verspricht, dass sie mit Kemmerich nicht kooperieren wolle. Diese „Härte“ fällt ihr freilich leicht. Ausnahmsweise muss sie ihre „Prinzipien“ nicht über Bord werfen, denn sie wird im Thüringer Kabinettschacher ohnedies nicht gebraucht. Nach dem Rechtsruck im Landtag müsste sie eigentlich die Große Koalition auf Bundesebene aufkündigen – doch so treu will die Sozialdemokratie zu ihren angeblichen Prinzipien wieder auch nicht stehen. Stattdessen wird sich die SPD wohl auf Allerweltsfloskeln beschränken wie etwa Kevin Kühnert, der in einer ersten Stellungnahme erklärte, dass „Wachsamkeit ... das Gebot der Stunde“ sei.

Schließlich muss sich aber auch die Linkspartei fragen, wohin sie ihr Hofieren der Thüringer CDU, die Spekulationen und Hinterzimmergespräche mit Gauck über eine „Projektregierung“, also eine Duldung von Rot-Rot-Grün durch die CDU, gebracht haben. Selbst das zahme rot-rot-grüne „Projekt“ wollten CDU und FDP nicht länger erdulden – es zweigt sich einmal mehr, dass diese parlamentarischen Kombinationen kein Schutz vor dem Rechtsruck und dem weiteren Aufstieg der AfD darstellen. Der 5. Februar legte nicht nur die Leere der „Abgrenzung“ von CDU und FDP gegenüber der AfD offen, sondern auch die Leere der – auch von der Linkspartei geteilten – „Einheit der DemokratInnen“, von offen bürgerlichen Kräften, und der, wenn auch verbürgerlichten, ArbeiterInnenbewegung.

Dass die Thüringer Vorsitzende der Linkspartei, Hennig-Wellsow, Kemmerich einen Blumenstrauß vor die Füße wirft, drückt schließlich nicht nur berechtigten Zorn, Wut, ja Abscheu aus - es verdeutlicht auch ungewollt das illusorische Vertrauen, das die Linkspartei in CDU und FDP, also in die Parteien des Kapitals, hegt(e).

Auch Parteichef Riexinger beklagt diesen „bitteren Tag für die Demokratie“ - als ob diese erst gar keine Herrschaftsform des Kapitals wäre. In Wirklichkeit zeigt der Urnengang eben auch, dass „die Demokratie“ keine über den Klassen schwebende politische Institution darstellt, dass die „demokratischen Parteien“ der Bourgeoisie eben auch zur Kooperation mit den wenig demokratischen, rechtspopulistischen politischen Parteien bereit sind.

Die AfD, Rechtspopulismus, Rechtsruck und erst recht der Faschismus werden durch die gemeinsame „Ausgrenzung“ dieser Parteien weder in den Parlamenten noch in der Gesellschaft gestoppt werden können. Im Gegenteil. Die „Ausgrenzung“ durch CDU und FDP hat sich als Chimäre, als Illusion erwiesen. Der Kampf gegen rechts - diese Lehre verdeutlicht das Thüringer Ergebnis einmal mehr - kann letztlich nur als Teil des Klassenkampfes, gegen Rassismus, Faschismus, Ausbeutung und Unterdrückung geführt werden. Einheit also nicht „der DemokratInnen“, sondern der sozialen und ArbeiterInnenbewegung mit eigenen Zielen und Forderungen gegen den Rechtspopulismus als eine, wenn auch aggressivere Spielart bürgerlicher Politik.

Kein Frieden mit der AfD!

Solidarität mit Jan und Lukas!

ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION, Januar 2020, Neue Internationale 244, Februar 2020

Am 27. Mai 2018 mobilisierte die AfD zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin. Der Tag endete mit einer Niederlage der RechtspopulistInnen. Rund 5.000 AfD-AnhängerInnen samt rechtsradikalem und faschistischem Gefolge stellten sich bis zu 70.000 GegendemonstrantInnen entgegen. Bündnisse wie „Stoppt den Hass“ und „AfD wegbassen“ organisierten breiten Protest.

Danach kam es an einigen Orten in Berlin bei der Abfahrt zu Zusammenstößen zwischen AfD-AnhängerInnen und AntifaschistInnen. Einige AntifaschistInnen - darunter Jan und Lukas - stehen nun, nach fast zwei Jahren, vor Gericht. Die Anklage lautet: gefährliche Körperverletzung. Zum konkreten Geschehen kann leider bis zu einem rechtskräftigen Urteil öffentlich keine Stellung bezogen werden.

Hintergrund

Klar ist aber schon jetzt: Den politischen Hintergrund, den Rechtsruck in Deutschland, die dramatische Zunahme rassistischer und faschistischer Gewalt und die Rolle der AfD wollen sowohl Anklage wie Staatsanwaltschaft ausblenden.

Mit Elementen wie Höcke, bei dem sogar gerichtlich festgestellt wurde, dass man ihn als Faschisten bezeichnen darf, dem „Flügel“ und anderen völkischen und faschistischen Teilen stellt die Partei ein wichtiges Bindeglied zwischen rechtsbürgerlichen, rechtspopulistischen und offen faschistischen Kräften dar. Es lässt sich leicht belegen, dass solche

Tendenzen in der AfD vorhanden sind. Neben den eher bekannten Zitaten von Höcke und Gauland findet man auch folgende interessante Aussagen: „Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!“ (Andreas Geithe, AfD) und: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützer-Umfeld, nicht so sehr durch Inhalte“ (Dubravko Mandic, AfD).

Letzteres beschreibt eine Funktion der AfD eigentlich recht gut. Sie dient nationalistischen, faschistischen und völkischen Kräften als Scharnier und Einfallstor in eine größere Öffentlichkeit. Darüber bietet sie die Möglichkeit, über die Beteiligung in Parlamenten, die Schaffung und Finanzierung von sogenannten „Thinktanks“ wie dem Institut für Staatspolitik und Medienaufmerksamkeit die Akzeptanz von rechter Ideologie in der Bevölkerung zu stärken. Somit ist sie gewissermaßen eine Vorhut und ein Deckmantel für solche Kräfte. Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn bekannte Neonazis bei AfD-Aktionen als Schläger-Trupps fungieren oder Aktionen gemeinsam mit Organisationen wie dem „III. Weg“ veranstaltet werden, welche sich offen zum NS-Faschismus bekennen. Gleichzeitig können diese Schläger-Truppen als AnhängerInnen einer parlamentarisch vertretenen Partei auftreten und sich als Opfer der Medien und der „Linken“ stilisieren.

Solidarität!

Die Zunahme rassistischer und faschistischer Gewalt offenbart zugleich, dass der Staat und die Polizei nicht gewillt sind, dagegen entschieden vorzugehen. Sie reicht mittlerweile bis hin zum Mordanschlag gegen antifaschistische und linke AktivistInnen, Flüchtlinge, MigrantInnen, Jüdinnen und Juden sowie sämtlichen üblichen Zielen von Rechten und ist wohlbekannt. Sogar PolitikerInnen von SPD, Linkspartei, Grünen, ja selbst aus der CDU werden zu deren Opfern. In dieser Situation ist es notwendig weiterzugehen, als sich lediglich auf die Polizei zu

verlassen, auf die, wie die Fälle der rechten Anschlagsserie in Berlin zeigen, gerade kein Verlass ist. Dort wurden Todeslisten bei rechten BeamtInnen gefunden und teilweise die „Zielpersonen“ erst nach Anschlägen darüber informiert.

Was wir brauchen, sind Strukturen der Linken, MigrantInnen und ArbeiterInnenbewegung, welche die Information und Verteidigung gegen die Rechten organisieren - eine antifaschistische Aktionseinheit. Gleichzeitig müssen wir uns solidarisch zusammenschließen mit all jenen, die sich gegen die Rechten einsetzen, die von ihnen angegriffen werden oder sich gegen sie verteidigen.

Solidarität mit Jan und Lukas!

- Unterstützt die Angeklagten am ersten Prozesstag!
- Berlin, Donnerstag, 6. Februar, 10:00 Uhr vor dem Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91

AfD-Parteitag in Braunschweig: Rechte Kräfte in Partei gestärkt - 20.000 protestieren draußen

Martin Eickhoff. Infomail 1079, 5. Dezember 2019

Schon am frühen Morgen des 30. November versuchten hunderte DemonstrantInnen und Gruppierungen der radikalen Linken, darunter auch GenossInnen der Gruppe ArbeiterInnenmacht, den Zugang zum AfD-Bundesparteitag zu blockieren. Die Blockierenden wurden jedoch sehr schnell von den Bullen gekesselt, so dass bis auf verbale Auseinandersetzungen nicht mehr an Protest möglich war.

An der Protestdemonstration und Kundgebung beteiligten sich knapp 20.000 Menschen. Getragen und politisch dominiert wurden sie von reformistischen, gewerkschaftlichen und bürgerlichen Organisationen. Die Reden der VertreterInnen von Gewerkschaften, Parteien, verschiedenster Verbände und Gruppen sowie der Kirchen gingen freilich über moralische Empörung nicht hinaus, blieben inhaltsleer und in der Regel auf einzelne Phrasen beschränkt. Nicht Klassenkampf, sondern die „Einheit der Demokratie“, von CDU bis zur Linkspartei, bildete den Grundtenor.

Parteitag der AfD - Rechte konsolidieren Positionen

Zunächst mag ein falscher Eindruck entstehen. Mit Andreas Kalbitz wurde zwar nur einer der führenden VertreterInnen des „Flügels“ in den neuen Bundesvorstand gewählt, aber die Macht des rechts-nationalistischen, völkischen Lagers zeigte sich mehr als nur durch die Wahl eines ihrer ExponiertInnen. Beispielsweise wurde Alice Weidel ohne eine/n GegenkandidatIn mit 76 Prozent der Stimmen zur stellvertretenden Sprecherin gewählt, was unmöglich gewesen wäre ohne den Burgfrieden, den sie mit Höcke schloss. Darüber hinaus trat auch sie schon bei der neurechten Kaderschmiede, dem Institut für Staatspolitik von Götz Kubitschek in Schnellroda, auf.

Auch der weit rechts stehende Bundstagsabgeordnete Stephan Protschka aus Niederbayern hat seine Wiederwahl als Beisitzer im Bundesvorstand den Stimmen des „Flügels“ zu verdanken. Welch Geistes Kind Protschka ist, zeigt allein schon, dass er in Polen – gemeinsam mit der NPD-Jugendorganisation – ein geschichtsrevisionistisches Denkmal für Wehrmachtssoldaten und Freikorpskämpfer mitfinanzierte.

Freuen konnten sich Höcke und seine rechten KameradInnen über den Erfolg von Stephan Brandner. In Braunschweig hetzte der Bundestagsabgeordnete, der vor kurzem seinen Posten als Sprecher des Bundestagsrechtsausschusses verlor, gegen „SozialfaschistInnen“ in Richtung der SozialdemokratInnen. Für seine Abwahl machte er eine angebliche „Nationale Front“ aller Parteien gegen die AfD verantwortlich. Eine weiterer „Opfermythos“ wurde so geboren. VertreterInnen des scheinbar gemäßigten Lagers wie z. B. Albrecht Glaser oder Kay Gottschalk fielen bei den Wahlen durch. So manche Karrierepläne von „Gemäßigten“ endeten abrupt.

Am Parteitag hat sich einmal mehr gezeigt, wie tief im Rechtsextremismus die Parteibasis mittlerweile angekommen ist. Vor der Wahl des Vorstands ging es um die Besetzung des Bundesschiedsgerichts. Die Parteigerichte sind Mittel des Machtkampfes in der AfD – erst recht, seit immer häufiger Ausschlussverfahren angestrengt werden, die dem rechten Lager suspekt sind.

Beim ersten Wahlgang ließen die Delegierten Ines Oppel, die bisherige Parteischiedsgerichtsvorsitzende, durchfallen. Sie wurde allerdings später mit mageren 52,1 Prozent doch noch gewählt.

An den Kräfteverhältnissen in der Partei hat sich seit dem letzten Parteitag vor zwei Jahren in Hannover nicht viel verändert. Die AfD ist in Braunschweig nicht weiter nach rechts gerückt – aber der bereits 2017

vollzogene Rechtsruck hat sich konsolidiert. Alleine kann der offen völkische „Flügel“ zwar nichts durchsetzen, jedoch kann er teilweise benötigte Zweidrittelmehrheiten kippen und so vermeintlich „zu liberale“ Positionen ausbremsen.

AfD und Regierungsfrage

Betont wurde einerseits die Bereitschaft weiter Teile der Partei, mit dem „Flügel“ zusammenzuarbeiten, und auch bei den vorgeblich „Moderaten“, über mögliche „Verfehlungen“ derjenigen im eigenen Lager großzügig hinwegzusehen, die sich öffentlich „entschuldigten“. Andererseits soll sich die AfD „gemäßigter“ geben, um sich als mögliche Koalitionspartnerin der CDU/CSU ins Spiel zu bringen - eine Ausrichtung, die nicht nur rechtspopulistische Elemente, sondern letztlich auch „Der Flügel“ teilen.

Bei der Wahl zum Parteivorsitzenden (Bundessprecher) setzten sich Jörg Meuthen aus Baden-Württemberg und der sächsische Malermeister Tino Chrupalla durch; Überraschungen blieben aus. Mit großer Mehrheit wurde Alexander Gauland zum Ehrenvorsitzenden gewählt - und bleibt somit weiter Mitglied des Bundesvorstandes und Strippenzieher.

Nicht minder wichtig als die Verschiebungen in der AfD selbst werden freilich die politischen Entwicklungen im bürgerlichen Lager für die Zukunft der Partei sein. Die Krise der EU, die inneren Gegensätze und der Niedergang der Unionsparteien können und werden - siehe den Vorstoß etlicher sächsischer ParteifunktionärInnen - bei Teilen der Union den Ruf nach einer Änderung der Haltung gegenüber der AfD lauter werden lassen. Die öffentliche „Mäßigung“ der RechtspopulistInnen entspricht daher nicht nur einer politischen Vorleistung, sie soll auch den Druck auf CDU/CSU erhöhen, so dass die AfD als einzige Möglichkeit zur Bildung einer aggressiven, konservativ geführten und

neo-liberal ausgerichteten Regierung verbleibt.

Daher ist auch die Fokussierung auf den „Flügel“ in der Kritik an der AfD politisch verkürzt, ja problematisch. Von der AfD geht eine Gefahr nicht nur durch ein erstarkendes rechtes, völkisches und teilweise faschistisches Element aus. Eine nicht minder große, angesichts der tiefen Krise der EU womöglich viel unmittelbarere Gefahr geht von den „Gemäßigten“ aus. Sie stehen als JuniorpartnerInnen einer CDU-geführten Bundesregierung für eine politische Neuausrichtung des deutschen Imperialismus parat.

Im Kampf gegen die rassistische rechtspopulistische Partei dürfen wir daher nicht nur auf den „Flügel“ achten, sondern wir müssen die AfD als Ganze sehen. Gegen deren Angriffe, Aufmärsche ist antifaschistischer Selbstschutz notwendig, um sich zu organisieren.

Es kommt aber vor allem darauf an, die Ursachen für das Wachstum und die Konsolidierung der AfD selbst in Blick zu nehmen, um ArbeiterInnen und Arbeitslose aus ihrer WählerInnenschaft herauszuberechnen. Dazu reichen Mobilisierungen gegen die AfD nicht aus. Es bedarf einer glaubwürdigen und entschlossenen Politik der Gewerkschaften und der gesamten ArbeiterInnenbewegung in den Betrieben und auf der Straße gegen die drohenden und laufenden Angriffe, für Mindestlohn, Rente, gegen Mietwucher und Massenarmut. Nur so kann die soziale und chauvinistische Demagogie der Partei wirksam bekämpft werden.

November 1989 - 30 Jahre danach

Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019

Dass die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen „Ost“ und „West“ auch 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer nicht angeglichen sind, sollte KapitalismuskritikerInnen eigentlich nicht verwundern.

Nach drei Jahrzehnten eines vereinigten, imperialistischen Deutschland klingen die Einheitsversprechungen bürgerlicher PolitikerInnen aller Couleur nicht nur abgedroschen und hohl. Sie hören sich auch an wie ein ständiges Replay. Das Ausbleiben „sozialer Einheit“, die weiterhin klaffende Lücke bei Einkommen, Arbeitszeiten, Lebensperspektive ... wurden 1999 ebenso wie 2009 beklagt - und „baldige“ Angleichung versprochen. In Wirklichkeit blieb diese aus - und wird es auch weiter bleiben.

Reproduktion sozialer Ungleichheit

Hier nur einige Zahlen (1), die den Unterschied zwischen Ost und West belegen:

- 2018 mussten die Arbeiter„nehmer“Innen in den alten Bundesländern im Schnitt 1295 Arbeitsstunden arbeiten, im Osten (inklusive West-Berlin) 1351 Stunden, also 56 Stunden länger.
- Die Jahres-Bruttolöhne je Beschäftigten lagen im Westen bei 36.088 Euro,

in den neuen Ländern bei 31.242 Euro, was einen Unterschied von knapp 4.900 Euro ausmacht.

- Diese Ungleichheit wird auch bei den tariflich Beschäftigten reproduziert. So hatten 2018 im Westen 8 Prozent dieser eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden, im Osten 40 Prozent.
- Mindestlöhne und Renten, die selbst das geringere Lohn- und Einkommensniveau widerspiegeln, klaffen weiter auseinander.

Die Spaltung des

Arbeitsmarktes hält also auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung an. Und das, obwohl sich im Westen die prekären und atypischen Arbeitsverhältnisse (Befristung, Teilzeitarbeit unter 20 Stunden, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit) unter anderem aufgrund der Hartz-Gesetze und Agenda 2010 sogar noch schneller ausgedehnt haben als im Osten. In den „alten Bundesländern“ betrug 2017 deren Anteil an der gesamten Erwerbstätigkeit 24 % gegenüber 18 % im Osten (2).

Den Hintergrund

dafür bildet jedoch die deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Dort lag sie Ende 2018 bei 7,6 % gegenüber 5,3 % im Westen.

Von 1991 bis

2017 wanderten außerdem 3.681.649 von Ost nach West ab, was fast einem Viertel der Bevölkerung der ehemaligen DDR entspricht. Dem stehen zwar 2.451.176 Zuzüge aus dem Westen entgegen (3). Die Wellen der innerdeutschen Migration entsprechen jedoch der Zerstörung der ostdeutschen Industrie und der geringen

Arbeitsmarktperspektiven, gerade für besser ausgebildete Menschen. Die Migration von West nach Ost ging außerdem auch mit einer massiven Verschärfung der Unterschiede innerhalb der neuen Bundesländer einher. Einigen „erfolgreichen“ städtischen Regionen steht der fortgesetzte Abstieg der meisten ländlichen und kleinstädtischen Gebiete, bis zum Verlassen ganzer Dörfer entgegen.

Die Ungleichheit

zwischen Ost und West drückt sich daher keineswegs nur auf dem Arbeitsmarkt aus, sondern insbesondere auch beim Vergleich einzelner Regionen. So zeigt z. B. der „Teilhabeatlas Deutschland“ (4), dass sich in den neuen Bundesländern die „abgehängten Regionen“ konzentrieren. Diese zeichnen sich durch einen hohen Anteil an Hartz-IV-EmpfängerInnen (darunter auch viele „AufstockerInnen“), geringere kommunale Steuereinnahmen, besonders geringes jährliches durchschnittliches Haushaltseinkommen (Medianwert für 2017: 19.100 Euro), geringe Lebenserwartung, Abwanderung (2017 noch immer mehr als 10 Prozent!), schlechter digitaler Anbindung und überdurchschnittlicher Entfernung zu Versorgungseinrichtungen (Krankenhaus, Behörden, ...) aus.

Darin spiegelt

sich wider, dass in den neuen Bundesländern die schlechter entlohnten, perspektivloseren und länger arbeitenden Teile der ArbeiterInnenklasse überdurchschnittlich vertreten sind. Aber auch die Herausbildung und Reproduktion des KleinbürgerInnentums, des Kleinkapitals wie der lohnabhängigen Mittelschichten – also allen jener Klassen, die bürgerliche Demokratie und freie Marktwirtschaft tragen – verläuft ungleicher, unsicherer, verglichen mit dem Westen geradezu prekär.

Kapitalistische Wiedervereinigung

Hintergrund der sozialen Ungleichheit und damit ungleicher Lebensbedingungen bilden selbstredend nicht „Mentalitätsunterschiede“, sondern vielmehr die Ergebnisse der kapitalistischen Wiedervereinigung, zu denen eben auch gehört, dass dem Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR ein spezifischer Platz im Rahmen eines schon bestehenden bundesdeutschen gesellschaftlichen Gesamtkapitals zugewiesen wurde.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung erlebte die DDR-Ökonomie einen drastischen Niedergang und Ruin, dessen Ausmaß für Friedenszeiten ungewöhnlich, wenn nicht einzigartig war und ist.

Zwischen 1990 und 1992 wurden zwei Drittel der ostdeutschen Industrie zerstört und zwar unter Aufsichtung und Lenkung der Treuhand-Anstalt, einer Staatsholding, die die Privatisierung der DDR-Ökonomie überwachen sollte.

Ende 1992 waren nur noch 750.000 Menschen in der ehemaligen DDR-Industrie beschäftigt, etwa ein Viertel des Beschäftigungsstandes zur Zeit der Wiedervereinigung. Auch die landwirtschaftliche Produktion sank von 1989 bis 1992 auf rund die Hälfte. Von 9,8 Millionen Beschäftigten der DDR-Wirtschaft wurden rund 4 Million „freigesetzt“, arbeitslos, in Kurzarbeit gesetzt oder verschwanden vom Arbeitsmarkt (RentnerInnen; Abwanderung in den Westen, die in dieser Zeit ihren

Höhepunkt erreichte; Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen). (5)

Zugleich stiegen

die Preise für Konsumgüter und Mieten dramatisch, so dass die Auswirkungen des

für kleinere SparerInnen günstigen Umtauschkurses von Ost-Mark zu D-Mark (1:1)

im Zuge der Währungsreform rasch verpufften. Umgekehrt begünstigte die Währungsreform 1990 die Aneignung der ostdeutschen Ökonomie durch das westdeutsche Kapital.

Der Umtauschkurs

bedeutete erstens, dass die Schulden der DDR-Unternehmen in D-Mark neu bewertet

wurden, darunter auch Kosten, die in einer kapitalistischen Ökonomie erst gar nicht in den einzelbetrieblichen Bilanzen aufgeschienen wären (z. B.

betriebliche Sozialleistungen). Im degenerierten ArbeiterInnenstaat DDR gab es im Unterschied zum Westen bezogen keine klare Trennung staatlicher/kommunaler

und betrieblicher Schulden/Kosten (und dies war auch nicht unbedingt erforderlich). Nun erschienen diese Aufgaben und deren Kosten als Verlustbringerinnen in den betrieblichen Bilanzen.

Zweitens wog die

Neubewertung des Anlagevermögens der ostdeutschen Industrie, Landwirtschaft und

Dienstleistungsunternehmen (Handel, ...) besonders schwer. Das veraltete, lange nicht erneuerte fixe Kapital wurde jetzt mit den westdeutschen,

fortgeschrittenen Kapitalien verglichen und neu bewertet. Das Anlagevermögen wurde somit über Nacht weit mehr entwertet, als es der Umtauschrelation

größerer Geldvermögen (1:2) entsprach, so dass die Schuldenrate der

DDR-Betriebe massiv anwuchs. Sie waren als Konkurrentinnen damit mehr oder minder aus dem Feld geschlagen.

Das Übrige

erledigte die Treuhand. Sie verkauft die DDR-Betriebe unter Wert, v. a. an die westdeutsche Konkurrenz. Da es keine DDR-Bourgeoisie gab, wanderte in kurzer Zeit alles, was profitabel erschien, in die Hände der bundesdeutschen KapitalistInnenklasse. Ursprünglich sollte die Privatisierung der ostdeutschen Ökonomie und deren Restrukturierung durch Verkaufserlöse finanziert werden. Doch das westliche Kapital wollte für die DDR-Unternehmen nicht zahlen, sondern für seinen „Dienst“ noch belohnt werden.

Daher übernahm

die Treuhand und über diese der Staat den größten Teil der Schulden. Bis Ende 1992 waren so 8.000 von 40.000 DDR- Betrieben auf diese Weise verkauft, genauer verscherbelt worden.

Die Filetstücke

eigneten sich die „rettenden“ Konzerne zuerst an, sei es, um neue wirtschaftliche „Inseln“ zu schaffen, sei es, um unliebsame Konkurrenz zu übernehmen und auszuschalten. Diese Übernahme großer Teile einer Volkswirtschaft wurde dem Kapital auch noch durch Milliarden-Subventionen vergoldet. So erhielt Carl Zeiss für die Übernahme von Carl Zeiss Jena 3,5 Milliarden DM, die Bremer Vulkan-Werft 6,2 Milliarden für die Übernahme ostdeutscher Werften. Lufthansa konnte gegen den Widerstand von Betriebsrat und Gewerkschaft die Abfertigung am Flughafen Schönefeld übernehmen usw. usf.

Diese Übernahme

der DDR- Volkswirtschaft spiegelt sich bis heute in der Rolle der ostdeutschen Ökonomie im Rahmen des Gesamtkapitals der Bundesrepublik wider:

- Die Produktivität lag 2017 in den neuen Ländern (einschließlich Berlin)

bei durchschnittlich 82 Prozent des Westniveaus.

- 93 Prozent der Großkonzerne sind immer noch im Westen angesiedelt. (6)

Die Kapitalakkumulation

im Osten bleibt bis heute abhängig von den Erfordernissen der Konzernzentralen im Westen, von einem in der Bundesrepublik entstandenen und von dort geprägten

nationalen Gesamtkapital. Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die massive

Vernichtung von Kapital günstige Akkumulationsbedingungen für das Gesamtkapital

und damit für einen kapitalistischen Aufschwung legte, der über mehrere Zyklen bis Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre anhielt, brach der „Osten“ vor dem Hintergrund struktureller Überakkumulation des Kapitals zusammen.

Interessant war

er als Markt für (westdeutsche) Produkte und als Reservoir zusätzlicher, billiger und qualifizierter Arbeitskräfte. Als Investitionsstandort spielte er jedoch nur für einzelne Branchen und somit für die Schaffung einzelner „Wachstumsregionen“ eine Rolle. Eine „aufholende“ Entwicklung, gleiche Bedingungen zwischen „Ost“ und „West“ waren vom Standpunkt der ökonomischen

Interessen der herrschenden Klasse nie vorgesehen.

Polarisierung und soziale Auseinandersetzungen nach der Wiedervereinigung

Das Geheimnis

des Aufstiegs der AfD gerade im Osten muss zweifellos vor dem Hintergrund der

ökonomischen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern verstanden werden.

Aber nicht in einer mechanischen Weise, sondern im Wechselverhältnis von sozialer Entwicklung und Klassenkämpfen. Allein die jahrelange starke Stellung von PDS/Linkspartei unter den Erwerbslosen, aber auch den Mittelschichten im Osten zeigt, dass es nicht einfach Armut, Benachteiligung oder gar eine angeblich besonders autoritär geprägte DDR-Identität waren, die per se die Menschen zur AfD oder zur extremen bis hin zur faschistischen Rechten treiben.

Die kapitalistische Wiedervereinigung, wiewohl aus einer legitimen, kleinbürgerlich-demokratischen Massenbewegung gegen die DDR-Bürokratie entstanden, stellte für die ArbeiterInnenklasse in ganz Deutschland eine historische Niederlage dar. Sie stärkte den Imperialismus, die soziale, wirtschaftliche und globale Stellung des „eigenen“ Kapitals ungemein. Die soziale Konterrevolution im Osten, also die Vernichtung des ArbeiterInnenstaates DDR, wurde jedoch in einer bürgerlich-demokratischen Form vollzogen, was nicht zuletzt auch die Einbindung der Massen erleichterte - trotz einer enormen Zerstörung der ökonomischen Basis der ehemaligen DDR.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Niederlage waren jedoch in den neuen und alten Bundesländern höchst unterschiedlich. Die Klassenstruktur (und -zusammenarbeit) des BRD-Kapitalismus wurde im Westen nur schrittweise umgemodelt, in der DDR wurde das gesamte soziale und ökonomische Gefüge abrupt, sprunghaft zerstört. Der Kapitalismus war nicht zuletzt aufgrund der massiven Zerstörung der ostdeutschen Industrie immer instabiler als im Westen und daher auch die Klassenstruktur.

Noch in den ersten Jahren nach der Wende artikuliert sich das in dreifacher Weise. Erstens und am wichtigsten in Form der Demobilisierung einer Massenbewegung. Die

Millionen, die in der DDR auf die Straße gegangen waren und die SED-Herrschaft zum Einsturz gebracht hatten, wurden über Wahlen, Parlamentarismus und die Versprechungen der „sozialen Marktwirtschaft“ befriedet, später durch deren Auswirkungen frustriert und auf Trab gehalten.

In dieser Lage

artikulierte sich auf der Rechten eine Welle rassistischer Gewalt und faschistischer Organisation, die sich in pogromartigen Mobs wie in Rostock oder Hoyerswerda, Anschlägen auf Asylsuchende und MigrantInnen manifestierte (und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im Westen). Die deutsche Regierung vermochte es, der rechten Hetze, Rassismus und Faschismus den Wind aus den Segeln

zu nehmen, indem sie selbst das Asylrecht mit Zustimmung der „oppositionellen“ SPD durch den sog. „Asylkompromiss“, der von Lafontaine mit ausgehandelt worden

war, beschnitt. Anders als heute fanden die Rechten damals keinen politisch-organisatorischen Widerhall unter Fraktionen des deutschen Kapitals. Mittelschichten und KleinbürgerInnen befürworteten eine konservativ-rassistische Regierungspolitik, die Nazis und rechten Straßenbanden blieben letztlich auf eine relativ kleine Minderheit beschränkt.

Ein wichtige

Faktor für diese Entwicklung bestand zweifellos darin, dass es nicht nur rechte Reaktionen auf die Wiedervereinigung gab, sondern auch wichtige, lange andauernde, wenn auch letztlich isolierte Abwehrkämpfe. So besetzten rund 500 BergarbeiterInnen der von der Schließung durch die Treuhand bedrohten Kali-Grube in Bischofferode (Thüringen) im Sommer 1993 den Betrieb bei laufender Produktion, rund 100 traten in Hungerstreik. Dieser Kampf zog sich über mehrere Monate hin. Ende 1993 wurde der Bergbau zwar geschlossen. Entscheidend ist jedoch, dass Bischofferode durchaus für eine Schicht von Beschäftigten stand, die mit Mitteln des Kampfes gegen Schließungen, Entlassungen und Verarmung ankämpften.

In den 1990er

Jahren vermochte im Wesentlichen die PDS, diese Schichten für sich zu gewinnen.

Sie wurde zur Partei der „Ausgegrenzten“, der Arbeitslosen und konnte sich so im Osten eine Massenbasis erhalten bzw. aufbauen. Als reformistische Partei war die PDS auch damals eher eine der „KümmererInnen“ denn der KämpferInnen. Sie

konnte jedoch über eine solidarische Präsenz zahlreiche Massen- und Vorfeldorganisationen (Volkssolidarität, ...) an sich binden und ihnen einen elektoralen Ausdruck verschaffen. Die Tatsache, dass die PDS damals noch von den etablierten politischen Parteien des bundesrepublikanischen Systems ausgegrenzt, als „rote Socken“ diffamiert wurde, stärkte eigentlich die Glaubwürdigkeit der Partei in den Augen vieler.

In diesem

Zusammenhang darf darüber hinaus nicht vergessen werden, dass sich teilweise auch die Gewerkschaften und selbst die SPD (z. B. in Form von sozialpolitischen Galionsfiguren wie Regine Hildebrandt) als „natürliche“ gewerkschaftliche, soziale und politische Vertretung darstellten.

Bis Ende der

1990er Jahre waren die Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse - insbesondere auch der Erwerbslosen - auf eine Abkehr von der konservativ-liberalen Koalition und auf eine „soziale Wende“ im Grunde an die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien SPD und PDS geknüpft.

Doch die

politische Lage und das Verhältnis von ArbeiterInnenklasse (wie auch großer Teile der lohnabhängigen Mittelschichten) zu diesen Parteien wandelte sich in der ersten Hälfte des Jahrtausends.

Rot-Grün

lancierte mit Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen einen strategischen Angriff auf die

Lohnabhängigen, ein Programm, das mit den Montagsdemonstrationen vor allem im Osten eine Massenbewegung hervorbrachte, aus der später die WASG entstand (und in deren Folge die Fusion mit der PDS zur Linkspartei).

Die Montagsdemos

entstanden im Sommer 2003 und breiteten sich in Windeseile zu einer Massenbewegung aus, die vor allem von höher qualifizierten Arbeitslosen, ehemaligen FacharbeiterInnen, IngenieurInnen getragen wurde. Diese Bewegung wurde jedoch von der Sozialdemokratie wie auch von den sozialdemokratisch geführten DGB-Gewerkschaften bekämpft. Dadurch wurde deren Ausweitung in den

Westen, vor allem aber die Verbindung von Montagsdemos und politischen Massenstreiks verhindert. Der DGB sah sich zwar selbst gezwungen, 2004 gegen die Agenda-Gesetze Massendemonstrationen zu organisieren, weil er die Formierung einer bundesweiten Opposition in den Betrieben und auf der Straße fürchtete, blies aber die Mobilisierung im Sommer 2004 nach Massendemos mit nahezu einer halben Million Menschen ab.

Die zweite markante

Niederlage erfolgte ebenfalls 2003. Die Streiks um die 35-Stunden-Woche im Frühjahr 2003 zeigten eine erstaunliche Mobilisierungsfähigkeit. Als der Streik begann, Auswirkungen auf die Betriebe im Westen zu haben, verschärfte sich das Trommelfeuer nicht nur der Bourgeoisie gegen den Streik, sondern auch die Konzernbetriebsräte der westdeutschen Autoindustrie und der IG Metall-Vorsitzende Zwickel fielen ihm in den Rücken und setzten seine Einstellung durch. Dabei geriet nicht nur die Gewerkschaftsdemokratie unter die Räder, die ArbeiterInnenklasse in der ehemaligen DDR musste eine weitere demoralisierende Niederlage durchmachen.

All diese

Faktoren - nicht nur geringerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad und geringere tarifliche Bindung im Osten - haben dazu geführt, dass die SPD ihren

sozialen Rückhalt gerade unter den verarmten, arbeitslosen, prekär beschäftigten und schlecht organisierten ArbeiterInnen verloren hat. Gleichzeitig büßte sie auch ihre Bindekraft unter den lohnabhängigen Mittelschichten ein.

Im letzten

Jahrzehnt machte aber auch die Linkspartei eine ähnliche Entwicklung durch. Weigerten sich SPD und Grüne in den 1990er Jahren oft noch, Koalitionen mit der „unzuverlässigen“ PDS einzugehen, so wurde sie schon vor der Jahrhundertwende auch in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit zu einer „normalen“ Partei.

Die Realpolitik der PDS und später der Linkspartei führte sie in Landesregierungen in allen neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens. Während

die Mitgliederzahlen schrumpften, wuchs der Anteil jener Mitglieder, die Wahlämter innehatten. Ein großer Teil der aktiven Mitgliedschaft ist seit Jahren fest in das bürgerliche System integriert, ihre politische Aktivität besteht darin, Wahlämter auf kommunaler, regionaler oder Bundesebene auszuüben.

Er prägt die Parteistrukturen, die Vorstände, Parteitage. Die Frage, ob die Linkspartei eine „Bewegungspartei“ oder eine institutionelle StellvertreterInnentruppe sei, ist eigentlich nur für jene eine, die partout die Realität der Partei beschönigen wollen. Praktisch war sie für die PDS (und damit auch für die Linkspartei) immer schon beantwortet. In den letzten Jahren ist – unabhängig von den vertretenen reformistischen oder, neuerdings, linkspopulistischen Ideologien – das Gewicht des Apparates und der in den bürgerlich-parlamentarischen Institutionen tätigen FunktionärInnen immer mehr gewachsen.

Mit deren

bürgerlicher Realpolitik und der Mitverwaltung der Misere schwand notwendigerweise auch das Ansehen der Partei unter den Lohnabhängigen, vor allem

auch unter den Arbeitslosen, prekär oder gering Beschäftigten. Zugleich verlor die Linkspartei trotz ihrer angepassten Politik auch die Bindekraft gegenüber lohnabhängigen Mittelschichten und auch dem KleinbürgerInnentum im Osten.

Mit letzteren

verliert die Linkspartei WählerInnenschichten an AfD (und tw. auch Grüne), die sie im Westen ohnedies nie hatte und die für eine „linke“ Partei eigentlich untypisch sind, sondern vielmehr historisch aus den Wurzeln der PDS in der SED, also der Partei der politisch herrschenden Kaste in der DDR herrühren.

Aufstieg der AfD

Der Aufstieg der

AfD reflektiert also nicht nur die sozialen und ökonomischen Verhältnisse, die soziale Lage verschiedener Klassen im Osten, sondern auch Verrat und Niedergang

der reformistischen Parteien und der Gewerkschaften.

Bezüglich einer Analyse der AfD verweisen wir an dieser Stelle auf den Artikel *„Die AfD zwischen neoliberalen Nationalismus und radikaler Rechter“* (7). Dass diese rechtspopulistische Partei, die sich als „Alternative“ zur „Elite“ präsentiert, im Osten besonders stark ist, sollte aber nicht verwundern. Gerade die instabilere Klassenstruktur bietet einen günstigeren Nährboden für das rasche Anwachsen solcher Kräfte. Das drückte sich auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg einmal mehr aus.

Zwei

Entwicklungen der AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte damit eindeutig in die klassische CDU- und FDP-WählerInnenschaft eindringen. Vor allem bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit Abstand die meisten Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den „ArbeiterInnen“ - in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den

Angestellten mit 26 % deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in lohnabhängige Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal durch die besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser Region einige Direktmandate erobert.

Vor allem Angst

vor Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt alle Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große Mobilisierung zur Wahl. Dabei bilden Rassismus und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der eigentlich gegensätzliche soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste Vertretung „ostdeutscher Interessen“ erscheinen lässt. Mögen auch viele Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt haben, so hat sich dieser verfestigt und die „ProtestwählerInnen“ lassen sich von Rassismus, Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht abschrecken.

Die AfD baut

sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft mit Massenanhang im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die perspektivisch auch immer größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine „verlässliche“ Machtalternative bieten will - von BürgermeisterInnen in den Kommunen bis hin zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B.

mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher bringt diese Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum Ausdruck. Die Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen Restauration der DDR die nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals anschicken, die Wende zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der Niederlagen der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens von SPD und Linkspartei.

Kandidat Andreas

Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste, begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen. Bevor „andere“ – gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete –

Geld bekämen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze. Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände, die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die

AfD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis auf die Knochen ist, dass sie die öffentlichen Rentenkassen an Fonds verscherbeln will, spielt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen kann die AfD einfach

darauf setzen, dass sie die „Systemparteien“ – also alle anderen – ungestraft einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal die Wahrheit sagen sollten.

Irrwege und Wege

SPD und Linkspartei

starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die Schlange, indem sie sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen klammern. Statt auf Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD, sondern auch weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen „DemokratInnen“.

In Zeiten

kommender Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger Restrukturierungen

im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer Prekarisierung der sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen Gesamtkrise bedeutet diese Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz mit den „demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der AfD-Demagogie in

die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen Leute“ vertrete. Die Lehre kann nur lauten: Schluss mit dieser Politik!

Der Kampf gegen

rechts darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt bleiben. Eine Linke, eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende Lohnabhängige von den

rechten DemagogInnen wiedergewinnen will, muss den Kampf gegen die soziale Misere, die realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht es einen Kampf gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende Entlassungen, für ein öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von Bildung, Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der Lohnabhängigen, kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch die Besteuerung der Reichen - um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es braucht den gemeinsamen

Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller ArbeiterInnenorganisationen.

Angesichts der

drohenden Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, brauchen wir

Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen Rechtsruck, AfD, militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden und drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf Arbeitsplätze und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.

Endnoten

(1)

<https://www.spiegel.de/karriere/beschaeftigte-in-ostdeutschland-laengere-arbeitszeit-weniger-lohn-a-1276092.html>

(2)

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/181002_SF_Ergebnisse_im_Einzeln_Arbeitsverhaeltnisse_in_Ost_und_West.pdf

(3)

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>

(4)

https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Teilhabeatlas/Teilhabe_Online.pdf,

S. 16

(5) Martin

Suchanek, Zerstörung eines ArbeiterInnenstaates, in: Revolutionärer Marxismus 9, S. 25, Frühjahr 1993

(6)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/studie-osten-westen-wirtschaft-deutschland-1.4354465>

(7) Wilhelm Schulz, [Die AfD zwischen neoliberalem Nationalismus und radikaler Rechter](#), in: Revolutionärer Marxismus 50, November 2018, S. 116 - 142

Thüringen nach der Wahl: Was nun Linkspartei?

Tobi Hansen, Neue Internationale 242, November 2019

Thüringen bildete den Abschluss der ostdeutschen Landtagswahlen. Wenn auch in der Tendenz - Wachstum der AfD, Bestätigung der Partei des Ministerpräsidenten als stärkster Kraft - ähnlich, entscheidet sich das Ergebnis doch in einem wesentlichen Punkt. Während in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen die „Parteien der Mitte“ (noch) über eine absolute Mehrheit verfügen, stellen in Thüringen Union, SPD, Grüne und FDP gemeinsam weniger als die Hälfte der Abgeordneten.

Die beiden stimmenstärksten Parteien und Siegerinnen der Wahlen vom 27. Oktober, Linkspartei und AfD, vereinen mehr als die Hälfte der ParlamentarierInnen auf sich. Die bürgerliche „Mitte“ reagiert „geschockt“ und verstört. In der „Mitte“, zwischen den beiden „Extremen“ AfD und Linkspartei, ließe sich keine Regierung bilden.

Der Schock sitzt tief - diesmal vor allem bei der CDU. Dass SPD und Grüne verloren, überrascht nach den Umfragen der letzten Wochen nicht wirklich. Allein die Linkspartei vermochte diesmal die „Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung“ und den Ministerpräsidentenbonus für sich zu verbuchen, so dass sie an Stimmen und Abgeordneten sogar weiter zulegen konnte, während ihre Koalitionspartnerinnen verloren. Sie erzielte 31 % (plus 2,8 %) und damit 29 Sitze im Landtag.

Die FDP schaffte mit 5 % knapp den Einzug in den Landtag, was mit dazu beitrug, dass Rot-Rot-Grün über keine Mehrheit im Landtag verfügt. Die Liberalen feierten diesen „Sieg“, als hätten sie ein politisches Wunder vollbracht – ein Zeichen dafür, wie gering mancherorts die politischen Erwartungen geworden sind.

Dramatisch sind die Ergebnisse der Parteien der Großen Koalition. Die CDU verlor 11,7 % und sackte hinter Linkspartei und AfD mit 21,8 % auf Platz 3 ab. Die SPD fuhr eine weitere Schlappe ein und erreicht gerade 8,2 %, ein Minus von 4,2% gegenüber dem letzten Urnengang.

Die Berliner Regierungsparteien kommen so auf 30 %, das schlechteste Ergebnis der ehemaligen „Volksparteien“. Auch die Grünen schafften nur 5,2 %.

Die AfD beendete die ostdeutschen Landtagswahlen erwartungsgemäß. Wie in Brandenburg gelang es ihr, vor der CDU zu landen und mit 23,4 % sich klar über der 20 %-Marke zu etablieren. Auch wenn für Spitzenkandidat Höcke selbst die bürgerlichen Medien keinen Nazi-Vergleich scheuten, gab sich dieser nach den Wahlen biedermännisch-brav und offen für „bürgerliche“ Koalitionen mit der CDU. Im Wahlkampf vermied er weder Hinweise auf Machtergreifung noch NS-Rhetorik, nach der Wahl gibt Höcke eher den „Wolf im Schafspelz“.

Katastrophe für die Union

Bis 2014 regierte die CDU in Thüringen meist alleine, manchmal in Koalition. Als Rot-Rot-Grün siegte, beschwor die Union den

Wiedereinzug von SED und Staatssicherheit in die Erfurter Staatskanzlei. Der aktuelle CDU-Spitzenmann, Mohring, unterstützt auch die damalige rechten „Fackelmärsche“.

Nach der Wahl und vor allem nach einer relativ störungsfreien Regierung unter Bodo Ramelow in Thüringen, die nicht den Verfassungsschutz abschaffte, sondern diesem neue Stellen zusicherte, ruderte Mohring zurück. Für ihn scheint jetzt auch eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei denkbar, wenn auch nicht für seine Bundespartei. Dass gleichzeitig der CDU-Fraktionsvize Heym eine Koalition mit AfD und FDP ins Spiel bringt, die ebenfalls über eine Mehrheit im Landtag verfügen würde, verdeutlicht die tiefe Krise der Union, die vor allem in den ostdeutschen Ländern von der AfD als führende bürgerliche Kraft massiv herausgefordert wird. Während Mohring ganz den Landespolitiker gibt, nach dem Motto: „Was hat Berlin uns schon gebracht?“, z. B. beim Wahlkampf, beharrt der Bundesvorstand auf den geltenden Beschlüssen, nämlich dass es weder mit der Linkspartei noch mit der AfD Koalitionen geben dürfe.

Bundesvize Klöckner sieht gleich die CDU in der Bedeutungslosigkeit versinken, sollten diese „Tabus“ gebrochen werden, wie auch Carsten Linnemann die „Beliebigkeit“ verhindern will. Auch hier wird der nahende Untergang befürchtet, zumindest das „Ende als Volkspartei“.

Während die Äußerungen führender VertreterInnen der Linkspartei befürchten lassen, dass diese derzeit wahrscheinlich sogar opportunistisch genug wäre, um mit der Union zu koalieren, zeigt die aufkommende Debatte die unsichere Führungslage in der herrschenden bürgerlichen Partei offen auf. Parteichefin und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer ist umstritten, ihre mögliche KanzlerInnenkandidatur wird ständig angezweifelt, wie auch die mögliche Urwahl des/r KandidatIn ihre Rolle schwächt. Der gescheiterte Kandidat Merz holte via Springer-Presse vor allem gegen Kanzlerin Merkel aus. Diese führe zu wenig, die Große Koalition ruiniere das Land und er

könne sich schwer vorstellen, dass das noch 2 Jahre so weitergehen könne. Sicher kennt er jemanden, der besser KanzlerIn kann, auch wenn ihm inzwischen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet ein wichtiger Konkurrent erwächst. Dies zeigt, dass der Fortbestand der „Großen Koalition“ eben nicht allein von der Entscheidung der SPD im Dezember abhängt, sondern dass auch in der Union weitere Krisen und Brüche zu erwarten sind.

Dabei wird die Frage einer Koalition mit der AfD nur solange ein Tabu bleiben, wie die Europastrategie des deutschen Kapitals und ihrer wichtigsten Partei, der CDU/CSU, auf die Formierung der EU zu einem imperialistischen Block zielt, der weltmachtfähig ist. Je mehr dieses Ziel jedoch in die Ferne rückt, je mehr die EU und damit Deutschland hinter ihren RivalInnen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zurückfallen, desto mehr werden Teile des deutschen Kapitals auf eine aggressiv-nationalistische Lösung, auf eine Alternative zur EU-Strategie drängen. Dann könnte die Stunde einer Koalition mit der AfD als extrem nationalistischer, rechtspopulistischer Kraft schlagen.

Die AfD hat in Thüringen nicht nur ihre Wahlerfolge konsolidiert. Zweifellos verschoben sich die Kräfteverhältnisse in der Partei auch weiter nach rechts, zugunsten des Flügels um ihren Spitzenkandidaten Höcke und den „Flügel“, das lose Netzwerk extrem nationalistischer, völkischer bis faschistischer Kräfte in der Partei. Am Parteitag in Braunschweig Ende November/Anfang Dezember ist eine weitere Stärkung dieser, von AfD-Fraktions- und Parteivorsitzendem Gauland politisch gedeckter Kräfte zu erwarten. Die Frage ist zur Zeit nicht, ob der „Flügel“ stärker wird, sondern nur wie viel und in welcher Form.

Letzter Ausweg Regierungsauftrag?

Für die Linkspartei dient ihr Spitzenergebnis gleich für

mehrere Unterfangen. Erstmal sonnt sich die aktuelle Spitze im Ergebnis „ihres“ Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Ramelow. Damit wäre der Beweis für die Regierungstauglichkeit der Partei auch praktisch erbracht. Sie leitet davon gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten auch den Anspruch aufs Weiterregieren ab. Gegen die verlogene Rhetorik der „geschrumpften Mitte“ setzt die Linkspartei auch ihr Wahlergebnis ein. Sie will anhand ihrer Regierungspolitik der letzten fünf Jahre - nicht ganz zu Unrecht - auch als Teil der „Mitte der Gesellschaft“ anerkannt werden. Sie reklamiert für sich, dass sie stärkste Kraft der „Demokratie“ wäre, die mit allen „DemokratInnen“ - also allen außer der AfD - über Regierung, Koalition und Duldung sprechen will.

Wir wollen hier keine Kaffeesatzleserei betreiben. Aber die Tatsache, dass sich die Linkspartei auch „offen“ für ein Bündnis, eine Kooperation, eine Tolerierung mit und durch die CDU gibt, lässt Schlimmes befürchten. Zwar hat Fraktionschef Bartsch erklärt, dass es entscheidende Unterschiede zur Union gebe. Aber „Lösungen“ müssten auf Landesebene gefunden werden - und dafür müsse die Linkspartei vor Ort „freie“ Hand haben. Schließlich funktioniere eine Zusammenarbeit mit der CDU ohnedies schon lange auf kommunaler Ebene.

Während die Diskussion darüber die CDU in eine tiefe Krise stürzt, freut sich die Linkspartei als stärkste Kraft darüber, dass alle mit ihr reden müssen, dass eine Koalition gegen die Partei kaum möglich ist. Dass die CDU mit der Linkspartei sprechen wird, verbucht sie als „Erfolg“.

Hinsichtlich der vergangenen Legislaturperiode von 2014-2019 rühmt sich die Linkspartei, viele sozialpolitische Themen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht zu haben. Sie habe versucht, eine Abkehr von der neoliberalen Verwaltungspolitik auf Länderebene durchzusetzen. Dummerweise war sie aber auch an die Durchführung der übergeordneten Bundesgesetze gebunden, so dass der große Bruch mit der restriktiven Budgetpolitik bislang ausblieb. Ein wie auch immer geartetes Bündnis oder die Zusammenarbeit mit der Union würde auch die letzte Hoffnung

auf dieses Unterfangen begraben, vor allem bei einer Koalition zwischen den beiden Parteien.

Eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung, Weiterführung der alten Koalition, die von Union und/oder FDP toleriert würde, wäre praktisch gelähmt. Selbst noch so geringfügige soziale Vorhaben könnten einfach blockiert werden.

Der einzige Ausweg, dass sich eine Linkspartei geführte Minderheitsregierung nicht auf Gedeih und Verderb an CDU, FDP oder auch die Grünen bindet, bestünde darin, dass sie mit ihrer Parlamentsfixiertheit bricht, auch wenn ein „Landesvater“ Bodo Ramelow als auf der Straße kämpfender Ministerpräsident schwer vorstellbar wäre. In jedem Fall müsste sich eine solche Minderheitsregierung, die ohne Koalitionen mit offen bürgerlichen Parteien auskommen will, auf die Mobilisierung der WählerInnen und AnhängerInnen der Partei stützen, vor allem auf die sozialen Bewegungen wie Fridays for Future, auf antirassistische und antifaschistische Kräfte und auf die Gewerkschaften. Immerhin haben lt. einer Umfrage des DGB überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder (36,5 %) Linkspartei gewählt, ein Zeichen dafür, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse von dieser Wahl durchaus reale Verbesserungen erwartet.

In jedem Fall würde eine solche Politik einen Bruch mit der bisherigen Strategie und Programmatik der Linkspartei erfordern. Eine Minderheitsregierung der Linkspartei wäre zwar selbst noch im Falle einer Alleinregierung dieser Partei eine bürgerliche Regierung – aber die Mobilisierung um konkrete Forderungen auf der Straße und in den Betrieben könnte eine neue, fortschrittliche Dynamik in die Situation bringen.

Zweifellos ist diese Variante angesichts der Ausrichtung der Linkspartei extrem unwahrscheinlich. Eine solche Politik hätte aber enorme Vorteile, auch für den Fall, dass Ramelow und seine Partei von einer

parlamentarischen Mehrheit gestürzt würden. Für diese wäre es überaus schwierig, selbst eine Regierung zu bilden. Genau diese instabile Situation, die der Linkspartei als größtes aller Übel erscheint, könnte durch eine massive Mobilisierung auf der Straße und in den Betrieben zu einer Chance werden, Gegenmachtstrukturen aufzubauen, die anderen Parteien durch die ArbeiterInnenklasse herauszufordern.

Wie gegen rechts?

Für die Linkspartei und ihre Führung ist es jedoch bezeichnend, dass sich ihre Vorstellungen einzig auf das Feld parlamentarischer Kombinationen beschränken.

In den „liberalen“ bürgerlichen Medien wie SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung oder Die Zeit wird die CDU ziemlich direkt aufgefordert, ihre Hemmnisse gegenüber der Linkspartei abzulegen und irgendwie den Ministerpräsidenten Ramelow zu halten. Anders die konservativen Medien wie die Springer-Presse, die die „Radikalen“ als WahlsiegerInnen sehen, quasi Thüringen verloren zwischen SozialistInnen und Nazis. Auch die berüchtigten „Weimarer Verhältnisse“ werden bemüht. Eine Koalition mit den Linken wird als „Tabubruch“ betrachtet. Den liberalen Medien geht es praktisch um stabile Verhältnisse, notfalls auch mit der Linkspartei. Schließlich weisen sie zu Recht darauf hin, dass die Linkspartei längst nicht so „extrem“ ist, wie von FDP und CDU beschworen, und fest auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse, von Parlamentarismus und „sozialer“ Marktwirtschaft steht. Als eigentliche Gefahr und die einzigen „ExtremistInnen“ gelten ihr – nicht so viel anders als der Linkspartei und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit – die Bösewichte von der AfD.

Im Kampf gegen rechts stellt die Bindung an bürgerliche Parteien für die ArbeiterInnenklasse ein strategisches Hindernis dar. Ohne eine politische

Anerkennung der bürgerlichen Ordnung, des Privateigentums sind solche Bündnisse und erst recht Regierungskoalitionen oder Duldungen nie zu haben. D. h. sie kommen praktisch einer offenen Unterordnung unter die Interessen der herrschenden Klasse gleich. Auch wenn das „Bündnis der Demokratie“ in Regierungsform auf den ersten Blick als eine Stärkung im Kampf gegen die AfD und ihre faschistischen Verbündeten erscheint, weil es noch mehr gesellschaftliche Kräfte und Klassen umfasst, so stellt es in Wirklichkeit eine Schwächung des Kampfes dar. Stärkung träte nur ein, wenn die Kräfte eines solchen Bündnisses in eine Richtung ziehen würden. Im besten Fall ziehen aber ArbeiterInnenklasse und Kapital in entgegengesetzte Richtungen, paralysieren sich also und entfalten daher keine Kraft im Kampf gegen rechts. Im schlimmsten Fall - und so läuft es bei Koalitionsregierungen von offen bürgerlichen und reformistischen Parteien immer - ordnen sich die VertreterInnen der Linken den bürgerlichen unter, stärken also nur deren gesellschaftliche Position und schwächen damit die ArbeiterInnenklasse. Dass 22 % der Gewerkschaftsmitglieder in Thüringen AfD gewählt haben, verdeutlicht das Problem und die Gefahr, dass sich noch mehr Lohnabhängigen dem Rechtspopulismus zuwenden, wenn Linkspartei, SPD und Gewerkschaften auch noch gemeinsame Sache mit CDU und/oder FPD machen.

Das wird in Krisensituation, bei scharfen sozialen Konflikten, drohenden Massenentlassungen besonders fatal. Völkisch-nationalistische und populistische Kräfte wie die AfD können sich umso besser als VertreterInnen „des Volkes“ gegen die „demokratische“ Elite inszenieren, womöglich garniert mit Rassismus, Antisemitismus und demagogischem Anti-Kapitalismus.

Daher gilt es, an die Linkspartei in Thüringen die Forderung zu stellen: Keine Koalition mit CDU, FDP und Grünen! Schluss mit der Parlamentsfixiertheit! Mobilisierung für die Forderungen von Fridays for Future, für die sozialen Versprechungen der Partei wie kostenlose Kita-Plätze, für Mindestlohn, gegen rassistische und faschistische Aufmärsche, für den Stopp aller Abschiebungen!

Dieser Forderungen sollten Anti-KapitalistInnen in Thüringen an die Linkspartei (wie auch an die Gewerkschaften und die Restbestände der SPD) richten. Zugleich gilt aber auch für dieses Land: Der Reformismus – ob nun mit Ramelow als Ministerpräsident, ob in der Opposition – selbst vermag keine überzeugende, tragfähige Antwort auf die aktuelle politische Krise zu geben. Die verschärfte gesellschaftliche Konfliktlage, die das Wahlergebnis auch zum Ausdruck bringt, will er umschiffen, sich ihr zu stellen vermag er nicht. Dazu bedarf es einer politischen Neuformierung, einer neuen revolutionären ArbeiterInnenpartei.

Thüringen-Wahl: Mehr als „Bodo“ oder „Björn“?

Tobi Hansen, Neue Internationale 241, Oktober 2019

Am 27. Oktober wird in Thüringen ein neuer Landtag gewählt – Abschluss der herbstlichen „ostdeutschen“ Landtagswahlen. Größere Überraschungen sind nicht zu erwarten.

Die AfD mit Flügel-Führer Höcke wird sicher über 20 % landen. Unklar ist nur, ob sie vor der CDU liegen wird. Seit Monaten liegt die Regierungspartei Linkspartei mit rund 28 % relativ sicher auf Platz 1 der Umfragen. Sollte sie allerdings wie in den vorhergehenden Wahlen diese Werte deutlich unterbieten, dann könnte sogar ein „Dreikampf“ mit AfD und CDU entbrennen.

SPD und Grüne, beide

Regierungspartnerinnen von Ministerpräsident Ramelow, kämpfen jeweils um die 10

%. Für die Grünen wäre das Rekordergebnis, für die SPD womöglich ein weiterer, wenn auch relativ unspektakulärer Tiefpunkt. Beide dürften allerdings ziemlich bereitwillig für eine Fortsetzung von Rot-Rot-Grün zur Verfügung stehen. Die FDP könnte auch in Thüringen an der 5%-Hürde scheitern, wie auch von „Freien Wählern“ oder der NPD zumindest in den Umfragen wenig zu sehen ist.

Personalisierung statt Kampf

Die Linkspartei setzt

ganz auf den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Dieser gilt als beliebter „Landesvater“ und möchte, wie auch Woidke und Kretschmann zuvor, vom Amtsbonus

profitieren. Der thüringischen CDU stehen bei Platz 3 stürmische Zeiten bevor. Schließlich regierte sie bis 2014 in Erfurt. Nach dem Amtsantritt des ersten „roten“ Ministerpräsidenten traten CDU, AfD und „WutbürgerInnen“ schon mit Fackeln bei Demos auf. Viele sahen SED und Stasi gar wieder an der Macht.

Fünf Jahre später rühmt

sich Rot-Rot-Grün, dass die Regierung immerhin gehalten habe. Dass sie als normale, bürgerliche Sachwalterin die Regierungstauglichkeit bewiesen hat, rechnet sich die Koalition hoch an. Auch die Linkspartei kommt mit ihrem personalisierten Wahlkampf richtig „etabliert“ daher. „Nähe, Verlässlichkeit und Offenheit“ verspricht Bodo vor thüringischem Wald und See vom Werbeplakat.

In der ländlichen Region wird angepackt und in der Stadt Offenheit gelebt. Bodo ist besser für Thüringen, darauf konzentriert sich der Wahlkampf.

In Thüringen ist die

Welt, wenigstens im Linkspartei-Wahlkampf, noch in Ordnung. Beseelt von der Gewissheit, dass nur DIE LINKE für sozialen Fortschritt stehe, scheint es keinen sichtbaren Widerstand gegen die Regierungspolitik in der Landespartei zu geben. So rühmt sich die Koalition, dass sie mehr in den öffentlichen Dienst investiert habe. Während bei der Polizei aufgestockt wurde, fehlen auch 2019 350 LehrerInnen. Die Koalition würde außerdem etwas für die Tarifbindung der Beschäftigten im Land tun. Die generelle Rechtfertigung von Rot-Rot-Grün lautet, dass sie „Schritt für Schritt“ eine bessere Politik als die CDU-geführten Landesregierungen umsetzen würde. Gemessen daran war die Landesregierung bestimmt „erfolgreich“, was zum Teil sicher auch die guten Umfragewerte der Linkspartei und das weitgehende Fehlen einer linken Opposition erklärt.

Der andere Faktor für die relative Stabilität der Koalition und ihre gar nicht so schlechten Aussichten weiterzumachen besteht darin, dass sie als eine, wenn auch vor allem parlamentarische Barriere gegen die AfD erscheint. Deren Thüringer Landespartei gehört zweifellos zum Rechtsten, was Rassismus und Rechtspopulismus derzeit zu bieten haben. Höcke darf nach dem letzten Gerichtsurteil sogar „offiziell“ als Faschist bezeichnet werden. Die CDU unter Landeschef Mike Mohring hat zwar eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen, angeblich aber nicht mögliche Sondierungen mit der Linkspartei, was die konservative WählerInnenschaft wohl eher desorientierte. Somit kommt in Thüringen, anders als in allen anderen Bundesländern, bislang die gesellschaftliche Polarisierung und der weiter drohende Rechtsruck in den Umfragen der Linkspartei zugute - nicht weil sie für Klassenkampf steht, sondern als verlässliche Garantin der bürgerlichen Demokratie samt „sozialem Ausgleich“ erscheint.

Siegeszug der AfD

Auf die Dauer wird das weder AfD noch Rechtsruck bremsen. Sollte die AfD um die 25 % erhalten und erneut die CDU schlagen, werden Höcke und Co. ihre führende „patriotisch-bürgerliche Volkspartei“ feiern, wohl wissend, dass genau diese ostdeutschen Landesverbände derzeit einen qualitativen Sprung machen. In Thüringen wirbt die AfD etwas zurückhaltender mit Rassismus und Hetze, stellt sich auch als Volkspartei dar, die alle Probleme auf einmal löst, natürlich geführt vom richtigen Volkskümmerer Höcke.

Dass dieser jetzt offiziell als Faschist bezeichnet werden kann, ist der Hartnäckigkeit der MLPD zu verdanken. Nach Schikanen gegen eine eigene Wahlkundgebung ging sie durch alle juristischen Instanzen und bekamen schlussendlich Recht, den AfD-Spitzenkandidaten Höcke als Faschisten bezeichnen zu dürfen. Das ändert jedoch nichts daran, dass die AfD derzeit eben keine faschistische Partei ist, wiewohl sich solche Elemente in der Partei tummeln. Sicher träumt Flügelführer Höcke von einer AfD, die alle bürgerlichen Parteien unterwirft, am besten in einer nationalistischen Sammlungsbewegung vereint und dadurch faschistischen Kräften die Möglichkeit bietet, an Einfluss zu gewinnen. Diese stellen wie die Zeitung „Sezession“ um das IfS (Institut für Staatspolitik) mit dem ideologischen Kopf Kubitschek einer „Mosaik-Rechten“ neben Teilen der NPD (speziell im Eichsfeld) und der „freien“ Kameradschaftsszene eine Basis für den AfD-Flügel dar. Im Wahlkampf will die Partei aber vor allem genügend LehrerInnen einstellen, den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und die Wende „sozial“ vollenden - natürlich ohne AusländerInnen. Der Rassismus darf schließlich auch im „respektablen“ Wahlkampf nicht fehlen. Das Motto „Wende 2.0 - vollendet die Wende!“ soll der AfD helfen, tief in die bürgerlichen WählerInnenschichten einzudringen.

Den Umfragewerten

schadete auch nicht, dass sich Höcke im ZDF-Interview als dünnhäutiges „Sensibelchen“ präsentierte. Im Wahlkampf reicht zunächst das klassische rechtspopulistische Motiv der „Umdrehung“ – sie sind gegen ihn (Höcke), wählen ihn persönlich auf und wollen ihn fertigmachen, weil der wahre Patriot für euch alle kämpft.

Perspektive Linkspartei

Sollte Rot-Rot-Grün

wiedergewählt werden, hilft das vor allem der aktuellen Linkspartei-Bundesführung. Sie sollte es dann bis zum nächsten regulären Bundesparteitag 2020 schaffen.

Für diejenigen, die wie

in Brandenburg die Regierungsbeteiligung über alles hängen und dort enttäuscht waren, dass sie diesmal nicht berücksichtigt wurden, bleibt die Linkspartei vor allem die Regierungskraft des „kleineren Übels“. Als solche könnte schließlich etwas bewirkt werden.

Dass die thüringische

Landesregierung gerade einen Winter lang die Abschiebungen ausgesetzt hat, um diese danach „normal“ umzusetzen, verdeutlicht, dass eine solche Regierung eben

keine qualitativ andere Politik betreibt als eine „normale“ bürgerliche. Natürlich hat die Koalition in Thüringen auch nichts an Hartz IV, nichts an Armutsrenten geändert, sondern allenfalls etwas sozialer den kapitalistischen Normalzustand verwaltet – das soll für Ramelow und Co. der „Wegweiser“ für eine mögliche Bundesregierung sein. Darin findet er sich in trauter Einigkeit mit Wagenknecht und Kühnert wieder, wie bei einer Veranstaltung der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ Berlin notiert wurde.

In Zeiten des weiteren

Aufstiegs der AfD versuchen sich die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien (Linkspartei und SPD) verzweifelt an die „Regierungsfähigkeit“ zu klammern. Genau darüber verlieren sie nicht nur Stimmen an die AfD, sondern auch immer mehr die Verankerung in der Klasse selbst. Die relative Stabilität der Linkspartei in Thüringen stellt kein „Gegenmodell“ dar, sondern bloß eine Momentaufnahme. Als Regierungskraft wird sie auch in der nächsten ökonomischen

Krise gezwungen sein, die Rechte und Errungenschaften ebendieser Klasse anzugreifen. Wenn hier nicht mit dieser Methode und Praxis gebrochen wird, dann

kann auch die Bedeutungslosigkeit mittelfristig drohen.

Zweifellos werden viele

WählerInnen und Mitglieder der Linkspartei angesichts des Aufstiegs der AfD „ihrer“ Partei die Treue halten, dieser als „kleinerer Übel“ oder „Reformmodell“ ihre Stimme geben. Dass sie damit AfD und CDU in die Schranken

weisen wollen, ist nicht nur nachvollziehbar, sondern auch, für sich betrachtet, ein richtiger Schritt. Aber es ist eine Illusion, dass Thüringen eine „Ausnahme“ von einer allgemeinen bundesweiten Entwicklung darstellt. Wenn

wir eine wirkliche Alternative aufbauen wollen, so braucht es eine Politik des Klassenkampfes, keine weichgespülte bürgerliche Koalitionspolitik.

Landtagswahlen: Blaue Augen für die Ministerpräsidenten -

Katastrophe für die Linkspartei

Tobi Hansen, Neue Internationale 240, September 2019

Seit Wochen werden die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und am 27. Oktober in Thüringen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob die AfD stärkste Kraft werden kann. In Sachsen und Brandenburg kann das nun beantwortet werden. Die AfD schaffte Platz 1 nicht, wurde aber dort mit großem Abstand jeweils zweitstärkste Partei.

Die sächsische CDU und die Brandenburger SPD feiern, dass sie trotz enormer Verluste stärkste Kraft geblieben sind und ohne sie keine Landesregierung gebildet werden kann. Das soll „die Demokratie“ retten, für „stabile“ Verhältnisse sorgen und den Anschein vermitteln, dass trotz enormer Wahlerfolge der AfD alles beim „Alten“ bleiben kann.

Bundespolitisch verschafft dies der Großen Koalition zumindest den Spielraum, dass die Regierung bis zum Dezember hält. Die CDU kann die Nachfolge von Merkel vorbereiten. Die SPD-Regierungsbeteiligung hält bis zum Dezember, wo auf einem Bundesparteitag „planmäßig“ neue Vorsitzende und Vorstand gewählt werden und eine „Bilanz“ der Großen Koalition gezogen wird.

Das Ergebnis

Laut vorläufiger

amtlicher Hochrechnung haben die Parteien in Sachsen folgendermaßen abgeschnitten: CDU 32,1 % (-7,3), AfD 27,5 % (+ 17,8), Linkspartei 10,4 % (-8,5), Grüne 8,6 % (+2,9), SPD 7,7 % (-4,7), FDP 4,8 % (+1). Damit ist eine Zweierkoalition ausgeschlossen. Die sog. Kenia-Koalition (CDU, Grüne, SPD) erscheint als wahrscheinlichste Regierungsvariante.

In Brandenburg ergibt

sich folgendes Bild:

SPD 26,2 % (-5,7), AfD 23,5 (+11,3), CDU 15,6 % (-7,4),

Linkspartei 10,7 % (-7,9), Grüne 10,8 % (+4,6), BVB/FW (Brandenburger

Vereinigte Bürgerbewegung/Freie Wähler) 5,0 % (+2,3). Die FDP scheitert mit 4,1 %

am Einzug in den Landtag.

Hier wird die SPD zu

einer Dreierkoalition gezwungen sein. Als Alternativen stehen Rot-Rot-Grün oder „Kenia“ (mit CDU und Grünen)

zur Auswahl. Die Brandenburger CDU schloss zuvor selbst Koalitionen mit der Linkspartei

nicht aus (Novum!), also wird die SPD es sich aussuchen können.

AfD jubelt

Auch die Verfahrensfehler

bei der Listenaufstellung, die zur Beschränkung auf max. 30 Sitze über Zweitstimmenanteil führten, vermochten die Partei angesichts von 15

Direktmandaten nicht zu schwächen. Die AfD hat ihr Ergebnis gegenüber den

letzten Landtagswahlen verdreifacht und nunmehr bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen (inkl. Bundestageswahl und Europawahl) über 25 % eingefahren.

Wie auch Spitzenkandidat

Kalbitz in Brandenburg gehört Urban zum nationalistischen „Flügel“ innerhalb der AfD. Dieser wurde somit nun auch bundesweit weiter gestärkt.

Dass die tiefere

Verstrickung des Brandenburger Spitzenkandidaten Kalbitz in das faschistische Milieu das Wahlergebnis ebenfalls nicht geschmälert hat, lässt auch in der Bundespartei einige Auseinandersetzungen erwarten, insgesamt wohl aber eine weitere Entwicklung nach rechts, insbesondere falls, was zu befürchten ist, die Thüringer AfD unter Höcke im Oktober auch noch einen Wahlerfolg einfahren sollte.

Zwei Entwicklungen der

AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte damit eindeutig in klassische CDU- und FDP-WählerInnenenschaft eindringen. Vor allem bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit Abstand die meisten Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den „ArbeiterInnen“ - in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den Angestellten mit 26 % deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in lohnabhängige Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal durch die besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser Region einige Direktmandate erobert.

Vor allem Angst vor

Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt alle Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große Mobilisierung zur Wahl.

Dabei bilden Rassismus

und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der eigentlich gegensätzliche soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste Vertretung „ostdeutscher Interessen“ erscheinen lässt.

Mögen auch viele Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt haben, so hat sich dieser verfestigt und die „ProtestwählerInnen“ lassen sich von Rassismus, Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht abschrecken.

Das Zusammenwirken der kleinbürgerlichen Schichten mit weiteren rassistischen bis hin zu faschistischen Organisationen der „extremen Rechten“ wie NPD, Der III. Weg, Identitäre Bewegung, „Pro Chemnitz“, einer äußerst militanten „Hooligans gegen Salafisten/HOGESA“-Verankerung in diesen Bundesländern, einer „NS-Musikszene“ usw. zeigt die extrem gute lokale Aufstellung, die sich die AfD zunutze machen kann. Dadurch kann sie sich gemeinsam mit anderen rechten lokalen Kräften und MandatsträgerInnen als die Kraft des Volkes vor Ort darstellen.

Die AfD baut sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft mit Massenanhang im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die perspektivisch auch immer größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine „verlässliche“ Machtalternative bieten will - von BürgermeisterInnen in den Kommunen bis hin zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B.

mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher bringt diese Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum Ausdruck. Die Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen Restauration der DDR die nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals anschicken, die Wende zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der Niederlagen der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens von SPD und Linkspartei.

Kandidat Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste, begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen. Bevor „andere“ – gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete – Geld bekommen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze. Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände, die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die AfD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis auf die Knochen ist, dass sie die öffentlichen Rentenkassen an Fonds verscherbeln will, spielt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen kann die AfD einfach darauf setzen, dass sie die „Systemparteien“ – also allen anderen – ungestraft einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal die Wahrheit sagen sollten.

Die „Mitte“

Die Ergebnisse von CDU und SPD und auch der Grünen blieben einigermaßen im Rahmen des Erwarteten. Die Parteien der Großen Koalition sind mit einem blauen Auge davongekommen und können weiter regieren. Sie rechnen „Erfolge“ – Verteidigung der Ministerpräsidentenposten – gegen Misserfolge (Verluste an Stimmen) auf.

Die gesamte

Mobilisierungskraft der kleinbürgerlichen wie lohnabhängigen Mittelschichten drückt sich auch im Erfolg der Grünen, partiell auch der FDP und der BVB/FW aus. Letztere haben sich vor allem auf Kosten der CDU behauptet. Die Grünen wiederum haben unter der Jugend allgemein stark gewonnen (20 % der 18-24-Jährigen

in Sachsen, 27 % in Brandenburg). So konnten sie ihr historisch bestes Ergebnis in den Bundesländern holen, auch wenn sie hinter den Umfragen noch deutlich zurückblieben.

Somit können die Grünen

einmal eine SPD-geführte Regierung „retten“, das andere Mal die CDU. Das zeigt auch ihre flexiblen Verwendungsmöglichkeiten für diesen bürgerlichen Parlamentarismus als Zünglein an der Waage, gewissermaßen als „Ersatz“-FDP.

Klare Verliererin - die Linkspartei

Dass der allgemeine

gesellschaftliche Rechtsruck der Linkspartei nicht einfach den Rücken stärkt, stimmt sicher. Ebenso sorgen Regierungsbeteiligungen selten bis nie für gute Wahlergebnisse. Doch die Ergebnisse vom 1. September können in beiden Bundesländern nur als katastrophal bezeichnet werden. Bei gesteigerter Wahlbeteiligung halbierte sie sich in beiden Bundesländern. Dabei sind die extremen Verluste in Brandenburg von 7,9 % angesichts der Politik der Landesregierung noch einigermaßen nachvollziehbar. In Sachsen fielen sie jedoch in der Opposition mit 8,5 % noch desaströser aus. Verloren hat die Linkspartei vor allem an SPD, AfD und Grüne in Brandenburg, in Sachsen an alle (vor allem CDU und AfD mit 24.000 bzw. 26.000 Stimmen). Hinzu kommt, dass die

Linkspartei trotz der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung kaum an Stimmen zulegen konnte.

Während die Partei bis zuletzt ihre Politik in Brandenburg schönredete, träumte der sächsische Spitzenkandidat Gebhardt vor wenigen Tagen noch von Rot-Rot-Grün. Jetzt vereint diese Mächtgern-Koalition in Sachsen ungefähr genau soviel Stimmen auf sich wie die AfD.

Am Wahlabend zeigte sich das Spitzenpersonal der Linken „betroffen“. Niederlagen in Bundesländern, in denen die Partei stets um die Spitzenplätze konkurrierte, können auch zu Zäsuren werden. In Brandenburg schaffte die Linkspartei nach einer verhunzten „Regionalreform“, meist nur noch mit Postengeschacher und Skandälchen von sich reden zu machen. Ansonsten blieb sie treue Vollstreckerin von Woidke und setzte z. B. ein neues Polizeigesetz mit durch. In Sachsen versuchte Rico Gebhardt, sich und die Linkspartei als Verteidigerin von Humanismus und Liberalismus neu zu erfinden.

Weder konnte die äußerst regierungserprobte Brandenburger Linkspartei die Renten angleichen noch Hartz IV aus der Welt schaffen, geschweige denn dafür sorgen, dass sich militante faschistische Kreise und Netzwerke nicht weiter ausbreiten. Ähnlich den weiteren ostdeutschen Landesverbänden wurde brav mitregiert, kommunal auch mal mit der CDU Übereinkunft erzielt. Die Linkspartei ist Verwalterin der kapitalistischen Restauration geworden. Und sie wurde auch Opfer der eigenen und ständig verbreiteten Illusionen in die reformistische Politik des Mitregierens. Wer andauernd behauptet, dass die Politik einer „Reformregierung“ im Brandenburger Landtag die Verhältnisse wirklich verbessern und so zu einem „Modell“ der sozialen Transformation werden könne, der braucht sich nicht zu wundern, dass die WählerInnen irgendwann einmal den reformistischen Versprechen nicht mehr Glauben schenken wollen.

Dementsprechend sinken

auch die Hoffnungen der WählerInnenschaft, dass diese Partei soziale Sicherheit und vielleicht sogar Verbesserungen des Lebensstandards durchsetzen könnte - die Realität programmiert die Wahlniederlage.

Beim Bundesparteitag 2020

wird ein neuer Vorstand gewählt. Objektiv könnten diese Niederlagen dem Wagenknecht-Lager eher helfen und dem aktuellen Vorstand schaden. Sicherlich wird die Linkspartei nun alles auf Ministerpräsident Ramelow in Thüringen setzen.

Die Linkspartei hat längst

aufgehört, als quasi-automatischer Bezugspunkt für Sorgen um sozialen Abstieg, Arbeitsplätze, Ungerechtigkeit für die ostdeutsche Bevölkerung zu fungieren. Die Politik der Partei war dabei in den Jahren nach der Wende sicherlich auch nicht so viel besser, wie heute ein verklärender Blick in die Vergangenheit suggerieren möchte - aber die Partei verfügte damals (noch als PDS) über stärkere Basis- und Vorfeldstrukturen, was ihr Image als „Kümmerpartei“ begründete.

Während diese

gesellschaftliche Verankerung in großen Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung schwächer wurde, konnte sie weder unter der Jugend noch unter der betrieblichen

ArbeiterInnenklasse eine ähnliche Basis aufbauen. Klimapolitik blieb ihr gerade in Brandenburg fremd, wo sie um die Braunkohle einen Eiertanz aufführt. Der geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad in Sachsen wie Brandenburg bedeutet auch, dass es der AfD leichter fiel, in die ArbeiterInnenklasse einzubrechen, was sich auch in den Stimmengewinnen der Rechten in Regionen mit

sinkender Bevölkerung zeigt. Aber auch die Tatsache, dass sich die Linkspartei selbst nie um eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung bemühte, dass sie mehr auf die Gewinnung von (linken) BürokratInnen und FunktionärInnen setzte, drückt sich jetzt in ihren schlechten Ergebnissen aus.

Angesichts dieser

Katastrophe fallen die ersten Erklärungen des Spitzenpersonals der Linkspartei geradezu lächerlich aus, weil sie in rein konjunkturellen Fragen (Ministerpräsidentenbonus) die Ursache für das Desaster suchen, nicht in der parlamentsfixierten lahmen „Reformpolitik“ der Partei selbst.

Was tun?

In Brandenburg wäre es

wichtig, dass gegen eine erneute Regierungsbeteiligung mobilisiert wird. Eine Fortsetzung der Beteiligung an Rot-Rot-Grün bringt der ArbeiterInnenklasse nichts, für die Linkspartei wäre der weitere Niedergang vorprogrammiert - und die AfD würde sich dabei als „die Opposition“ weiter profilieren.

Unsere kritische

Wahlunterstützung für die Linkspartei galt vor allem den WählerInnen und AktivistInnen der sozialen, der klimapolitischen Bewegung, den GewerkschafterInnen, wie auch der lokalen „Antifa“, damit sie sich gegen den Rechtsruck organisieren. Dazu kann die Linkspartei ein „Mittel“ sein und dies sollte auch bei Wahlen ausgedrückt werden.

Rund um die

Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wie auch der sozialen Bewegungen, der „Linken“ allgemein muss der gemeinsame Kampf gegen die Regierungen wie gegen die AfD jetzt im Vordergrund stehen. Eine Linkspartei an der Regierung ist dabei keine Hilfe, im Gegenteil.

Nach den Wahlerfolgen in

Sachsen und Brandenburg werden die AfD wie auch das faschistische Umfeld

weiter

versuchen, die „Linke“ einzuschüchtern, „No-Go-Areas“ wie auch „national befreite Zonen“ auszubauen. Darauf brauchen wir eine Antwort, müssen gemeinsam

mit den Geflüchteten und MigrantInnen unsere Wohngebiete gegen die AfD und Fascho-Pest verteidigen.

Während die Aufspaltung

des bürgerlichen Lagers voranschreitet, verlieren auch die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien. In Ostdeutschland polarisiert die AfD diese Entwicklung sowohl in kleinbürgerlichen Schichten wie auch in Teilen der ArbeiterInnenklasse und rückt dem „Sieg“ bei einer Wahl immer näher.

Die bürgerlichen

ArbeiterInnenparteien SPD und Linkspartei vertiefen ihre strategische Krise, die bei der SPD ein munteres Führungsquiz eröffnet hat. Beide starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die Schlange, indem sie sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen klammern. Statt auf Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD, sondern auch weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen „DemokratInnen“.

In Zeiten kommender

Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger Restrukturierungen im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer Prekarisierung der sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen Gesamtkrise bedeutet diese Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz mit den „demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der AfD-Demagogie in

die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen Leute“ vertrete. Die Lehre kann nur lauten: Schluss mit diese Politik!

Der Kampf gegen Rechts

darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt bleiben. Eine Linke,

eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende Lohnabhängige von den rechten

DemagogInnen wieder gewinnen will, muss den Kampf gegen die soziale Misere, die

realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht es einen Kampf gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende Entlassungen, für ein öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von Bildung, Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der Lohnabhängigen, kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch die Besteuerung der Reichen - um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es braucht den gemeinsamen Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller ArbeiterInnenorganisationen.

Angesicht der drohenden

Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, brauchen wir Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen Rechtsruck, AfD, militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden und drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf Arbeitsplätze und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.

#unteilbar in Dresden - 40.000 gegen rechts

Martin Suchanek, Infomail 1066, 25. August 2019

Massendemonstrationen beeindruckend durch Masse. Und die war gestern, am 24. August, in Dresden am Start. 40.000 Menschen waren dem Aufruf des Bündnisses [#unteilbar](#) gefolgt, um eine Woche vor den Landtagswahlen gegen den

Rechtspopulismus der AfD wie den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck insgesamt zu demonstrieren.

Dutzende Trucks und Lautsprecherwagen zogen durch die Dresdner Innenstadt vom Neumarkt zur Cockerwiese, wo Abschlusskundgebung samt Konzert und Chill-Out stattfanden.

Die Trucks und Blöcke brachten im positiven Sinn die Breite und den Massencharakter der Mobilisierung zum Ausdruck. Allein das anti-rassistische Bündnis „Welcome United“ hatte 12 Lautsprecherwagen angemeldet. „Aufstehen gegen Rassismus“, zahlreiche ökologische Bündnisse, aber auch Gewerkschaften, attac, Linkspartei, SPD und Grüne waren mit größeren Blöcken vertreten.

Unter der „radikalen“ Linken war das anti-deutsch/anti-national ausgerichtete Bündnis „Nationalismus ist keine Alternative“ am stärksten vertreten, darüber hinaus aber auch zahlreiche andere Gruppierungen wie die MLPD, diverse maoistische und stalinistische Organisationen.

Die Jugendorganisation REVOLUTION organisierte einen Block im Klima-Block und mobilisierte gemeinsam mit anderen zum Streik von Fridays for Future am 30. August, bei dem die Umweltfrage ebenso wie der Kampf gegen den Rechtsruck thematisiert werden wird. ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION waren darüber hinaus mit einer Reihe von GenossInnen vertreten, die Zeitungen verkauften und Flugblätter verteilten.

Den Erfolg der Demonstration machte aber zweifellos aus, dass weit mehr Menschen mobilisiert wurden, als die verschiedenen Bündnisse, unterstützenden Gruppierungen alleine auf die Straße gebracht hätten. Ein großer Teil, vielleicht die Hälfte der TeilnehmerInnen, war keinen Blöcken

zugeordnet, sondern lief entweder zeitweilig in verschiedenen mit oder am Rande der Demonstration. Neben Zehntausenden aus Dresden und Umgebung reisten auch viele Menschen mit Sonderzügen, Bussen aus anderen Bundesländern oder mit dem Regionalverkehr aus der Nähe an. So war die Regionalbahn gefüllt mit Menschen aus sächsischen oder brandenburgischen Kleinstädten und ländlichen Regionen, die bei #unteilbar aufmarschierten.

Konservative Reaktionen

Politisch drückt sich darin eine Polarisierung zwischen rechts und links aus. Auf der einen Seite befinden sich nicht nur die AfD, sondern auch CDU und FDP, auf der anderen die (vorgeblich) auf sozialen und ökologischen Ausgleich bedachten Parteien von SPD, Grünen bis zur Linkspartei. Kein Wunder also, dass neben den Parteivorsitzenden Kipping und Baerbock auch Olaf Scholz an der Demonstration teilnahm.

Aufgrund der politischen Krise der reformistischen ArbeiterInnenbewegung, der Gewerkschaften, aber auch der Schwäche der „radikalen Linken“ drückt sich die Ablehnung von AfD und CDU in einer klassenübergreifenden Allianz von links-bürgerlichen Grünen und reformistischen Parteien wie SPD und Linkspartei aus, die ihrerseits eine ideologisch dominierende Rolle in Bewegungen wie Seebrücke oder Fridays for Future spielen.

Diese Mobilisierung beunruhigt offenkundig nicht nur oder nicht einmal in erster Linie die AfD, sondern vor allem die CDU. Der sächsische Ministerpräsidenten Kretschmer ließ verlautbaren, dass er den DemonstrantInnen Respekt zolle. „Aber ich kann als CDU-Vorsitzender und Ministerpräsident nicht bei einer Veranstaltung dabei sein, bei der auch Kräfte wie die Antifa mit von der Partie sind.“

(<https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/bericht-unteilbar-100.html>)

Außerdem vertrete #unteilbar vieles, das der Position der CDU direkt entgegenstehe, z. B. die Haltung zum sächsischen Polizeigesetz oder zur Seenotrettung. Schließlich fürchtet Kretschmer, dass ein rot-rot-grünes Bündnis gegen die CDU geschmiedet werden könne (was Teile der CDU mit einer „Öffnung“ zur AfD beantworten möchten).

Auch die [FAZ](#) zeigte sich über #unteilbar schon vor der Demonstration beunruhigt - und zwar nicht in erster Linie wegen „Rot-Rot-Grün“. Die Zivilgesellschaft - insbesondere SPD und Grüne - machten durch ihre Zusammenarbeit mit „LinksextremistInnen“ im Rahmen des Bündnisses AntikapitalistInnen und Verfassungsfeinde „salonfähig“. Die FAZ fürchtet, dass die mangelnde Distanzierung von „Linksextremen“ bei #unteilbar oder auch bei Fridays for Future Antikapitalismus oder gar Kommunismus wieder eine große Bühne liefern könnte. Sollten die AktivistInnen weiter von SPD und Linkspartei, aber auch von den Grünen z. B. an Regierung desillusioniert werden, könnten sie sich womöglich den „einfachen Rezepten“ der „Linksradiakalen“ zuwenden, in Enteignung, Revolution und Planwirtschaft ihr Heil suchen.

Die Befürchtung der FAZ mag angesichts des vorherrschenden kleinbürgerlichen und reformistischen Bewusstseins in den Bewegungen auf den ersten Blick übertrieben erscheinen. Doch mitunter offenbart die Bourgeoisie (oder eines der führenden Blätter des deutschen Kapitals) durchaus eine gewisse Weitsicht, wenn es um mögliche Gefahren für ihr System und dessen Stabilität geht.

Hoffnungen und Aufgaben

Unmittelbar richten sich die Hoffnungen der Masse der DemonstrantInnen, einschließlich eines großen Teils der von den aktuellen

Bewegungen mobilisierten Menschen, zweifellos auf eine Reform des Systems durch einen „vernünftigen“, sozialen und ökologischen Umbau, durch eine Wiederbelebung eines um Umweltfragen erweiterten Sozialkompromisses. Diese Hoffnung wird noch zusätzlich dadurch genährt, dass sich bürgerliche PolitikerInnen wie Merkel und Macron als „vernünftige“, die Menschen aller Klassen „mitnehmen“ wollende Alternative zu Trump und Johnson, zu Putin und Xi präsentieren.

Doch diese Schönwetterversprechen bürgerlicher PolitikerInnen müssen in einer Zeit der unausgestandenen ökonomischen Krisen und der immer schärferen Konkurrenz zwischen den Großmächten rasch an ihre Grenzen stoßen. Selbst jede ernsthafte ökologische und soziale Reform erfordert in Zeiten wie diesen Massenmobilisierungen und die Mittel des Klassenkampfes – sie verlangt nicht nur Demonstrationen und alle möglichen „kreativen Aktionen“, sondern vor allem auch politische Massenstreiks, die das Kapital dort treffen, wo es weh tut – im Herzen der kapitalistischen Profitmacherei.

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung selbst offenbart immer wieder die Schranken von Reformismus und kleinbürgerlicher Politik. Menschen können so auch in Richtung klassenpolitischer, revolutionärer Alternativen gedrängt werden – falls RevolutionärInnen diese klar und deutlich formulieren.

Dazu ist es erstens notwendig, für ein über Demonstrationen und symbolische Aktionen hinausgehendes Aktionsbündnis von ArbeiterInnenorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der „radikalen“ Linken zu kämpfen. Gerade im Anschluss an die Aktionen von #unteilbar, an den globalen Klimastreik, angesichts der drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse, weiteren Rassismus und Kriegsgefahr wäre eine Aktionskonferenz ein Schritt, um die weitere Perspektive und Kampfschritte zu diskutieren und festzulegen. Diese könnte zugleich auch ein Mittel sein, eine

drohende Umleitung der Bewegungen auf eine rein elektorale Scheinlösung - eine Regierung aus Grünen, SPD und Linkspartei - wenigstens zu erschweren. Den „radikalen“, anti-kapitalistischen Kräften käme die Aufgabe zu, gemeinsam die Initiative zu einer solchen Aktionskonferenz zu ergreifen, um so überhaupt erst Gewerkschaften oder andere Massenorganisationen zur Aktion zwingen zu können.

Zweitens muss angesichts der vorherrschenden klassenübergreifenden Ausrichtung der Bewegung von RevolutionärInnen immer wieder die Klassenfrage stark gemacht werden. Diese bedeutet sicher auch, dass ein stärkeres Gewicht auf ökonomische, soziale und gewerkschaftliche Fragen gelegt werden muss - zumal und gerade angesichts drohender Massenentlassungen im gesamten Bundesgebiet.

Doch revolutionäre Klassenpolitik geht weit darüber hinaus. Sie muss als Politik begriffen werden, die sich gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung richtet und deren Ziel im revolutionären Sturz des Kapitalismus besteht - der notwendigen Voraussetzung für eine sozialistische Umgestaltung aller Lebensbereiche. Eine solche Politik fällt nicht vom Himmel. Sie bedarf eines klaren, revolutionären Aktionsprogramms und des Kampfes für eine neue revolutionäre Partei und Internationale.